

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

47 (19.11.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS- W O C H E N S C H R I F T

Nr. 47 — 3. Jahrgang — 1944

Konstanz/Bodensee, 19. November 1944

Ausg. D. Preis 60 D-Pfennige

VERFASSUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE.
L'ECONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Fehler im Lastenausgleich

Es gibt ein sehr altes Wort, das heißt: Wenn ein verkehrter Mann die rechten Mittel gebraucht, so wirkt das rechte Mittel verkehrt. Es wäre nun leicht, dieses Wort mit einem Satz zu verquicken, den die Leser bei uns schon oft gefunden haben: Man kann Wirtschaft nicht mit Sentimenten machen. Damit würden wir aber nur die eine Seite, die eine Fehlerquelle aufdecken, in dem alten Spruch stecken mehr. Jedoch nicht nur, daß ein Wirtschaftspolitiker von Sentimenten ausgeht, macht ihn zum verkehrten Mann, sondern auch wenn er von Erwartungen ausgeht, die er für berechtigt hält, die aber unberechtigt sind.

Der verkehrte Mann, mit dem wir uns in diesem Aufsatz auseinandersetzen wollen, ist der Gesetzgeber des Sofortprogramms für den Lastenausgleich. Dieser Mann hat das an sich durchaus rechte Mittel, nämlich die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und die ungesunden Ungleichheiten auf steuerrechtliche Weise auszugleichen, anzuwenden versucht, aber da er nicht der rechte Mann war, wurde auch das Mittel verkehrt.

Wir wollen dies an Beispielen erklären. In allen unseren Kommentaren zu dem Sofortprogramm und in unseren Warnungen vor dem Lastenausgleich kam immer wieder zum Ausdruck, daß man die Falschen treffen werde — genau so wie man bei der Währungsreform die Falschen getroffen hat. (Wir wollen hier eine Begriffsbestimmung für das Wort falsch bringen: Man hat die getroffen, die man, wie man in Reden immer erklärt, nicht treffen wollte — aber wahrscheinlich doch in seinem innersten Herzen vor hätte zu treffen.) Mit diesem Vorbehalt in der Unterstellung unbedeutend — bewußt und ausgesprochen — unangenehm gehen wir an unsere Kritik am Lastenausgleich. Was falsch am Sofortprogramm ist, ist nur falsch insoweit als wir es für falsch halten und wir werden das zu begründen versuchen, aber sehr wohl vom Standpunkt der Väter des Gesetzes aus nicht falsch sein, weil diese es so wollten — eben weil es verkehrte Männer waren.

Man sagte, man wolle die Härten treffen. Das ist nach zwei Richtungen hin falsch: 1. Erlernen wir an die Verfügung Erhardt, die er in seiner neuen Rede auch wieder erwähnt hat, daß die Härte für das Gelingen der Währungsreform dringender notwendig waren. Es ist darum wirtschaftlich ungleich, politisch aber vielleicht gerecht, daß man nun nach der Währungsreform meint, diese Leute treffen, also strafen zu müssen. 2. Trifft man die Härten nicht, die man eigentlich treffen hat, nämlich die Personen, die unangenehme Lagen haben. Die Situation ist heute so, daß die Zahlungen am 10. Januar gerade von den schreibenden und ausführenden Betrieben fast nicht zu leisten sind. Unsere Länder haben scheinbar das dringende Bedürfnis mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen die schreibenden Kaufleute endlich kaputt zu machen — wahrscheinlich aus erzieherischen Gründen, dann endlich die alte deutsche Kaufmanns-

Autoritäre Wirtschaftspolitik ja oder nein?

Notenumlauf steigt weiter — Amtliche Propaganda für die D-M? — Was heißt: „Wirtschaftlich gerechtfertigt“? Preisämter in Sicht — Verbot privater Preisabreden — Vorsteuerermäßigungen für mittlere und hohe Einkommen

An den vielen Diskussionen, insbesondere dem großen Rededuell Erhardt-Nötting kann man zweierlei erkennen: 1. Daß die Meinungsverschiedenheiten der führenden Wirtschaftspolitiker Deutschlands gar nicht so groß sind, wie er den Anschein gewonnen hatte. 2. Daß weder die Forderungen der SPD noch die Forderungen der CDU von den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten ausgehen. Insbesondere scheint uns gemeinsam das trotz der vielen Worte nicht ausdrücklich gemachte aber tatsächlich enthaltene Eingeständnis zu sein, daß wir zu den wirtschaftspolitischen Methoden der Reichsmark-Zeit zurückkehren wollen. Unsere Prognose vor der Währungsreform war also richtig: Es wird sich nichts ändern. Man muß Kreditrestriktionen einführen, weil die Noten weiterlaufen und der Umlauf zu hoch ist, man muß schwerere preispolitische Bestimmungen wieder einführen, um das soziale Gefüge einzuhalten, in Ordnung zu halten, obwohl doch nun jeder wissen möchte, eben aus den Erfahrungen der RM-Zeit, daß man mit solchen Mitteln nichts erreicht.

Man kurlert an den Symptomen herum. Preis sind nämlich nur Symptome. Die Höhe des Notenumlaufs und die Krankheit der Staatsfinanzen sind die Quellen, aus denen die Destruktion des sozialen Gefüges erwächst. Dazu kommt Vertrauensverlust und Gesetzlosigkeit.

Der Notenumlauf ist kräftig weiter gestiegen und hat tatsächlich Ende Oktober die Höhe erreicht, die wir immer wieder vermutet hatten: Am 7. Oktober liefen 5124 Mill. DM um, am 30. Oktober waren es schon 5385 Mill. DM. (Dazu kommen die etwa 400 bis 500 Mill. DM in Berlin). Der alte Satz von höchstens 100 Mark pro Kopf der Bevölkerung ist damit bereits um 50% überschritten. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß dieser alte Satz bei einer Umlaufgeschwindigkeit bedingt war, die wesentlich niedriger ist als heute — und das nach einer getauelten Entscheidung weiter Kräfte, denen insbesondere heute die sozialpolitische Unterstützung zugeordnet werden mußte. Jetzt ist das Kind in den Brunnen gefallen, und man versucht mit Kreditrestrik-

tionen den Brunnen zuzudecken. Es ist zu spät.

Auch an den zweiten Grund für die hohe Preissituation geht man mit falschen Mitteln heran. Es geht nicht darum, daß in den Länderetats gespart werden muß — und nicht einmal das sind wirklich ernste Ansätze bereits zu spüren — sondern, wir betonen es immer wieder, es geht darum festzustellen, welche Aufgaben die Länder haben und mit welchen Mitteln sie diese Aufgaben zu bestreiten haben. Auch der langsame billige gewordene Hinweis auf die Besatzungskosten zielt nicht mehr. Man kann nicht mit den absoluten Zahlen operieren und immer wieder erklären, daß die Besatzungskosten 50 oder 25% der Staatsausgaben ausmachen. So einfach sind Berechnungen innerhalb der Finanzwissenschaft nicht. Wieviele sogenannte Ausgaben für die Besatzungsmacht erscheinen als Einkommen in den Einkommensteuerverklärungen der Deutschen?

Wieviele Besatzungsausgaben werden in Investitionen angelegt, die auch von Deutschen benutzt werden und später uns ganz wieder zur Verfügung stehen. Was kommt andererseits ohne Gegenleistung durch die Hilfe der Besatzungsmacht nach Deutschland herein? Wir wollen mit diesem Hinweis keineswegs erklären, daß wir über die Höhe der Besatzungskosten begeistert seien, aber wir verlangen, daß richtig gerechnet wird, daß die Belastungen mit den indirekten Einnahmen verglichen werden. So langt man hier mit solchen Reden über die wirklichen Probleme weggeh, kann auch von dieser Seite her keine Sicherung der deutschen Währung erwartet werden. Es scheint auch hier zu spät zu sein.

Aber dies ist natürlich nicht schuld, vielmehr sind allein die Kaufleute an allem schuld. Die besten Ladenhüter in der wirtschaftspolitischen Agitation werden aus den Schulfächern geholt.

Genau so antiquiert wie unsere deutsche Innenpolitik ist auch die Tendenz unserer Wirtschaftspolitik. Man lese sich einmal die Empfehlungen durch die von Regierung und Gewerkschaften in Württemberg-Hohenzollern Ende voriger Woche für die Preis- und Lohnpolitik gemacht wurden. Da sind wieder: die Senkung der Handelsspannen, Ausschluß unverlässiger Elemente und sogar die „Aufklärung der Bevölkerung über die Stabilität der Währung“ enthalten. Wie wäre es mit einem neuen Propagandaministerium, das, wie schon einmal die Aufgabe hätte, Schuldige zu finden. Jedoch wird die Bevölkerung — wie größtenteils damals — dies nicht glauben und — analog — die Schuldigen dort suchen, wo wir sie im Dritten Reich gefunden haben, nämlich an den Stellen, die da propagieren.

Was heißt überhaupt Herabsetzung der Handelsspannen? Diese Frage kann man doch nur beantworten, wenn die

Teure Zigaretten

Verfügen, so kam es zu dem Geschäft, das sich hier besprochen will. Der Abteilungsvorstand wurde von der französischen Besatzungsmacht laufend größere Bestände an Zigaretten freigegeben, die, sei es durch Beschlagnahme, sei es sonst der Besatzung zur Verfügung gestanden hätten. Diese Zigaretten wurden von der Abteilung Interzonenhandel an Betriebe weitergegeben, die dafür aus anderen Zonen Waren beziehen sollten. Die Firmen waren über diese Zigaretten sehr erfreut, besaßen ganz den normalen Preis und erreichten auch tatsächlich in dem meisten Fällen, daß die gewöhnliche Ware in die französische Zone kam. Obwohl diese Geschäfte nicht nur mit Waren, sondern mit Unterstützung der amtlichen Stellen vor sich gingen, vermied es die Unternehmer aus gutem Grund, sie über ihre Bücher laufen zu lassen. Wir sagten „aus gutem Grund“ und meinen damit nicht, weil man die Steuerbehörde betrogen wollte, sondern weil man wieder eine Quintessenz über die gelieferten Zigaretten, noch eine Rechnung über die gelieferte Gegenware fordern konnte, ja auch gar nicht erhalten hätte. An dieser Stelle ist eine Feststellung wichtig: Obwohl diese Geschäfte nicht über die Bücher gehen, wurde diese Gelteigkeit zu Beträge nicht akzeptiert; denn die gewöhnliche Gegenware wurde tatsächlich hergeschafft. Das ist wichtig, weil eine bestimmte Zigarettenmenge von der Abteilung Interzonenhandel jeweils für die Besatzung einer ganz bestimmten Ware gegeben wurde.

Das liegt nun ein bis zwei Jahre zurück. Jetzt tauchen plötzlich bei den Betrieben, die diese Zigaretten bekommen haben, Beamte der zuständigen Finanzämter auf, um diese Geschäfte zu überprüfen, also etwas zu prüfen, was gar nicht in den Büchern steht. Zunächst wird danach gefragt, ob für diese Zigaretten beim Verkauf in eine andere Zone Umsatzsteuer gezahlt wurde. Da diese „Einnahmen“ nicht über die Bücher gingen, wurden sie selbstverständlich nicht umsatzsteuerbar, aber wiederum nicht um die Steuerbehörde zu betrogen. Meistens wurde diese Zigaretten nicht einmal verkauft, sondern verschwendet. Die Betriebe der anderen Zone, die diese Zigaretten kaufen, haben sie meist an ihre Gefolgschaft weiterveräußert. Nur die züchtenden Betriebe, in denen jetzt diese Finanzbeamten auftauchen, haben sich bereit erklärt, die Umsatzsteuer nach nachzubilden, jedoch schon dies war eigentlich nicht zu verlangen.

Schlummer wurde die Geschichte, als die Finanzbeamten den Nachweis darüber verlangten, daß diese Zigaretten auch tatsächlich zum normalen Preis weitergegeben worden sind. Die ganze Lage des Geschäftes war, wie gesagt, gar nicht dazu geeignet, darüber Belag- oder Aufzeichnungen zu machen. Er wollte den Finanzbeamten genügen, daß die Firmen die tatsächliche Lieferung der verlangten Ware beweisen konnten — und das konnten diese Firmen.

Trutzten unterstellt das Finanzamt heute auch zwei Jahre, weil man Geld im Staatsdienst braucht, und die Firmen, wenn sie das Gegenteil nicht beweisen können, die ihnen zugewiesenen Zigaretten auf dem Schwarzmarkt weiterverkaufen hätten. Da dieser Preis bei 1 RM für die Zigarette lag, rechnet das Finanzamt wie folgt: Sie haben 100 000 Zigaretten bekommen, über deren Verkauf ein kleiner Nachweis erbracht werden können, also haben die 100 000 DM genommen und nicht in ihrer Einkommensteuererklärung angegeben. Sie werden also mit einem Einkommen von 10 000 DM nachbesteuert. Das bedeutet, bei den großen Firmen und bei den Körperschaften, daß etwa die Hälfte dieses Betrages, manchmal auch mehr, zusätzlich an Einkommensteuer zu zahlen ist — für ein Einkommen, das überhaupt nicht erzielt worden ist. (Je nach dem Steuersatz müssen praktisch die Zigaretten ungefähr noch einmal bezahlt werden.)

Die Betriebe, denen jetzt das Glück dieses Finanzamtsbesuches zuteil wurde, befinden sich in einer sehr schmerzigen Lage. Meistens wissen sie noch, an wen sie damals die Zigaretten gegeben haben, aber sie können die Firmen nicht bloßstellen, man darf sie das Kompensationsrecht gemacht haben, nämlich da diese Firmen wiederum Schwarzgelder bekommen würden, wenn sie heute sagen müßten, daß sie damals diese Ware ohne Genehmigung verkauft haben. Alle Geschäftsbeziehungen, würden darüber auseinanderbrechen. Es käme noch hinzu, daß auch die Lieferfirmen ihrerseits nun diese Warenverkäufe zu Umsatz und Einkommen nachversteuern müßten.

Was die Abgrenzung an diesem Fall interessiert, ist die Hinterhältigkeit, die sich in diesen Nachforschungen der Finanzämter zeigt. Jeder wollte, daß es ein illegales Geschäft war und die maßgebenden Behörden haben diese Geschäfte gefördert. Jetzt kommt man mit dem Steuerstrahl. Jetzt will man so tun, als ob es sich um ein Geschäft handelt, das man legal über die Bücher gehen kann, jetzt will man diese amtlich geförderten Geschäfte als illegal und schwebend darstellen um einen Steuererwerb zu erreichen. Wieder wird der Vertrauen der Wirtschaft in die Behörden zerstört. Also nicht nur die Gesetzgebungsmaschine bringt Vertrauensbrüche über Vertrauensbrüche (man denke an die Verordnungen) sondern auch die Verwaltungspraxis. Und da wundern man sich noch, wenn die Wirtschaft zur Eigenhilfe greift.

Zun. Schluß dürfte man die Frage stellen, ob auch bei den Bekleibern, die sich mit diesen Zigaretten auf dem Kompensationsweg Waren verschaffen haben, die Beamten der Finanzämter aufgetaucht sind, um Nachweise über den Verkauf dieser Zigaretten zu suchen. Ob es diese Nachweise wirklich auch in diesem Falle gefunden — oder nicht gefunden haben?

Grubenzholzpreise gefährden Kohlenförderung

Blutgart. Die Grubenzholzpreise sind stark zurückgegangen und viele Gruben verfügen nur noch über Vorräte für etwa 40 Tage. Die Ausfüllung der Vorräte droht aus dem hohen Preis für Grubenzholz zu scheitern. Während bei der Währungsreform ein Festmeter Grubenzholz 44,10 DM kostete, ist der Preis inzwischen teilweise um 20% gestiegen, wegen der Zeichen nur etwa 30 DM als Höchstpreis für einen Festmeter angesetzt haben. Zu diesem Preis kann allerdings der Handel kein Holz beschaffen, so daß die größte Gefahr besteht, daß die Kohlenförderung stark behindert, wenn nicht sogar zum Teil lahmgelegt werden könnte, falls diese Preispanne nicht überbrückt werden kann.

Es hat eine Steigerung der Holzproduktion Europas zum Ziel. Die Wiederaufbaubank wird den Exportländern, Österreich, Finnland, Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien Kredite in Höhe von 1 Mill. Dollar eröffnen. Die Importländer werden außerdem Kreditmittel im Werte von 8 Mill. Dollar zur Verfügung stellen. Dagegen verpflichten sich die Länder Osteuropas in den beiden kommenden Jahren Holz im Wert von rund 300 Mill. Dollar zu liefern. Die vier Abnehmer, dessen Einzelheiten noch ausgearbeitet werden, ist der erste größere Abschluß zwischen Ost- und Westeuropa seit dem Krieg.

Die Betriebe, denen jetzt das Glück dieses Finanzamtsbesuches zuteil wurde, befinden sich in einer sehr schmerzigen Lage. Meistens wissen sie noch, an wen sie damals die Zigaretten gegeben haben, aber sie können die Firmen nicht bloßstellen, man darf sie das Kompensationsrecht gemacht haben, nämlich da diese Firmen wiederum Schwarzgelder bekommen würden, wenn sie heute sagen müßten, daß sie damals diese Ware ohne Genehmigung verkauft haben. Alle Geschäftsbeziehungen, würden darüber auseinanderbrechen. Es käme noch hinzu, daß auch die Lieferfirmen ihrerseits nun diese Warenverkäufe zu Umsatz und Einkommen nachversteuern müßten.

Was die Abgrenzung an diesem Fall interessiert, ist die Hinterhältigkeit, die sich in diesen Nachforschungen der Finanzämter zeigt. Jeder wollte, daß es ein illegales Geschäft war und die maßgebenden Behörden haben diese Geschäfte gefördert. Jetzt kommt man mit dem Steuerstrahl. Jetzt will man so tun, als ob es sich um ein Geschäft handelt, das man legal über die Bücher gehen kann, jetzt will man diese amtlich geförderten Geschäfte als illegal und schwebend darstellen um einen Steuererwerb zu erreichen. Wieder wird der Vertrauen der Wirtschaft in die Behörden zerstört. Also nicht nur die Gesetzgebungsmaschine bringt Vertrauensbrüche über Vertrauensbrüche (man denke an die Verordnungen) sondern auch die Verwaltungspraxis. Und da wundern man sich noch, wenn die Wirtschaft zur Eigenhilfe greift.

Zun. Schluß dürfte man die Frage stellen, ob auch bei den Bekleibern, die sich mit diesen Zigaretten auf dem Kompensationsweg Waren verschaffen haben, die Beamten der Finanzämter aufgetaucht sind, um Nachweise über den Verkauf dieser Zigaretten zu suchen. Ob es diese Nachweise wirklich auch in diesem Falle gefunden — oder nicht gefunden haben?

Gründung eines Handelsvertragsbüros

Hamburg. Die am Außenhandel interessierten deutschen Unternehmen der Doppelzone beschließen, ein privates Handelsvertragsbüro zu gründen, das sowohl die amtlichen Stellen, als auch die Privatwirtschaft in allen Ein- und Ausfuhrfragen, vor allem aber bei Handelsvertragsabhandlungen beraten soll. Bisher ist die Koordinationsstelle der Privatwirtschaft in den Westzonen für Außenhandel, die „Arbeitsgemeinschaft Außenhandel der Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ in Frankfurt.

Dänische Fischexporte

Es wird damit gerechnet, daß Dänemark in dieser Saison Fische im Werte von 4 Mill. Dollar (rund 30 000 t) nach Westdeutschland exportieren wird. Mit der Ausfuhr von Heringen, Dorsch und Schollen wurde bereits begonnen. Es wird erwartet, daß die Fischexporte Dänemarks, die im vergangenen Jahr 113 Mill. Kronen erreichten, in diesem Jahr noch höher ausfallen werden, da bis zum 15. Oktober bereits Fische im Werte von 134 Mill. Kronen ausgeführt wurden. Die größten Importeure deutscher Fische sind die Schweiz, England, Italien, die Tschechoslowakei, Österreich, Holland und Brasilien. Die Vereinigten Staaten werden gefrorene Forellen und Seesungen im Werte von 1 Mill. Kronen abnehmen.

Europäisches Holzabkommen

England, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Dänemark stehen vor dem Abschluß eines Abkommens mit den fünf holzexportierenden Ländern Osteuropas, das von der europäischen Wirtschaftskommission der Konferenz- und Landwirtschaftsorganisation der UNO und der Internationalen Wiederaufbaubank ver-

Wirtschaft regt Politik an

Daß sich die Frage des südwestdeutschen Zusammenstoßes in einem Zustand absoluter Stagnation befindet, ist eine Binsenwahrheit, die von niemandem bestritten werden wird. Wenn als alleiniger und entscheidender Grund dieser Tatsache der Wohlstand der Württembergischen Wirtschaft angesehen werden würde, Sicherheit, die politische und wirtschaftlichen Interessen der drei Westbesatzungen auf eine Linie abzustimmen, ein wesentlich schwerwiegendes Hemmnis was der höchstwahrscheinlich Widerstand des Herrn Wöhrle. Wenn wir heute diese Frage aufgreifen, so kann dies entsprechend der Aufgabe, die wir uns als politisch unabhängiges Organ einer deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik gestellt haben, nicht vom Standpunkt politischer Wahlstrategien erörtert oder dem verweilenden Selbstbehauptungswillen einer überstets bürokratisch anderswärts aus geschoben. Wir gehen vielmehr von den finanz- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten aus, wobei wir die politischen Probleme nicht übersehen aber auch nicht überschätzen.

Wir haben schon einmal, als ein deutsches Land allein aus wirtschaftspolitischen Gründen eine Arrondierung verlangte, uns auf dem Standpunkt gestellt, daß wirtschaftspolitische Gesichtspunkte allein niemals maßgebend für die Einberufung von Landesstellen sein dürfen, die in ihrer Bevölkerungsstruktur und in ihrer Mentalität nicht hineingehören. Entscheidend ist der Wille der Bevölkerung im Verbände eines bestimmten Landes leben zu wollen. Danach muß sich auch die Wirtschaft richten. Das ist eine Gegebenheit, von der die Wirtschaft auszugehen hat. Gerade aber weil wir uns grundsätzlich auf diesen Standpunkt gestellt haben, können wir heute uns im Falle des Zusammenstoßes Württemberg-Baden eben darauf berufen, daß dies der Wille der Bevölkerung ist.

Niemand behauptet, daß die durch höhere Gewalt entstandenen südwestdeutschen und schiedlichen Länderfragmente lebensfähig sind. Die Diskrepanz besteht nur darin, daß Freiburg aus dieser Erkenntnis die Konsequenz zieht, zurück zu Baden. Diese Konzeption hat jedoch dadurch ihre

Durchschlagskraft eingebüßt, daß der württembergisch-badische Finanzminister und badische Landesdirektor Dr. Heinrich Köhler vor einiger Zeit eine überstürzte Schwärzung vollzog und von den die badischen Reserve erheblich schützenden Säulen zum zusammenfassend freudigen württembergisch-badischen Pausa wurde. Die Stellungnahme von Dr. Köhler gegenüber Wöhrle läßt an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. Wir möchten annehmen, daß dieser Schritt Dr. Köhler nicht leicht gefallen ist und daß es Erwägungen finanzpolitischer Art waren, die ihn zu seiner Schwärzung veranlaßt haben.

Also die derzeitige Situation. Es erscheint uns nun richtig und an der Zeit, nachdem man auf der politischen Ebene unbestritten festgehalten ist, das Problem abseits vom Streit der politischen Meinungen aus der finanz- und wirtschaftspolitischen Perspektive her zu betrachten und vorwärts zu treiben. Es ist dabei selbstverständlich, daß die Initiative auf der badischen Seite liegen muß. In Hürtgart gibt es keine Hemmnisse und Schwierigkeiten, während ohne Zweifel in badischen Wirtschaftskreisen Besorgnisse gegenüber einem Zusammenstoß lebendig sind, die neben den wohl überwiegend positiven Stimmen nicht übersehen zu werden brauchen. Es fehlt bis jetzt überhaupt an eindeutigen Erklärungen von anerkannten Persönlichkeiten und Wirtschaftsorganisationen zu diesem Problem.

In dieser Nummer:

- Steuerreform wird notwendig
- Gesetzgebung auf dem Holzweg
- Zwischenlösung in der westdeutschen Montanindustrie
- Sparen auch beim Staat
- Kritik an der Stahlverstaatlichung
- Keine franz. Währungsoperationen
- Ferien paßt sich an
- Österreichs Metallplan
- Geschäftsmäßige Steuer-Mittelreue

Zwischenlösung in der westdeutschen Montanindustrie

Übergabe an deutsche Treuhänder — Das Ende der alten Konzerne — Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung wird Aktien-Gesellschaft
Ein „Stahltruhandverband“ — Amerikaner auch in der Stahlkontrolle — Überraschender Eingriff in die Elektrizitätswirtschaft

(Von unserem Korrespondenten im Ruhrrevier)

Essen, Mitte November 1948. Die Generale Clay und Robertson haben für ihre beiden Zonen durch ein gleichlautendes Gesetz Nr. 10 die von ihnen jüngst in Essen und Düsseldorf angeordnete Interims-Lösung im Kohlenbergbau und der Eisen schaffenden Industrie bekanntgegeben. In der Präambel betont das Gesetz ausdrücklich, daß die endgültige Entscheidung über die Besitzverhältnisse einer aus freien Wahlen hervorgegangenen, den politischen Willen der Bevölkerung ausdrückenden deutschen Regierung überlassen bleiben soll. Für die Übergangszeit ordnet es eine Reihe von Zwischen-Lösungen an, die man am treffendsten mit einem Treuhand-Plan bezeichnen könnte. Darüberhinaus überrascht es durch manche Maßnahmen, die es wider Erwarten anordnet oder ebenso unerwartet nicht anordnet. Als Voraussetzung der Zwischen-Lösung und als deren endgültige organisatorische Gliederung der Montanindustrie hat es umfassende weitreichende Beschlagnahmungen im Kohlenbergbau, der Eisen schaffenden Industrie und, was besonders aufzufallen ist, in der Elektrizitätswirtschaft für notwendig erachtet. Gleichzeitig unterstellt es die beschlagnahmten Besitzrechte deutschen Treuhändern, deren Arbeit aber einer englisch-amerikanischen Aufsicht und Kontrolle unterliegt, die für den Bergbau durch die bisherige UKUCS Coal Control Group und für die Eisenindustrie durch eine neu zu schaffenden Zweifelhändler-Stahlgruppe ausgeübt werden. Die Amerikaner sind also nun auch in die Kontrolle der Eisen schaffenden Industrie eingetreten.

Die Liste der Beschlagnahmungen

Die nachfolgend wiedergegebenen Konzerne und Kohlenhandels-gesellschaften verfallen der Beschlagnahme:

1. Vereinigte Stahlwerke AG; 2. Fried. Krupp; 3. Mannesmann-Röhren-Werke AG; 4. Klöckner Werke AG; Klöckner & Co.; 5. Hoesch AG; 6. Otto Wolff; 7. Gutehoffnungshütte, Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Gutehoffnungshütte Oberhausen AG; 8. Hiltorf Hütte AG; 9. Reichswerke Kammern; 10. Fiedt Konzern; 11. Thyssen-Bornemisze Gruppe; 12. Silesian Konzern; 13. Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat; 14. Niedersächsisches Kohlenyndikat; 15. Rhein. Braunkohlenyndikat GmbH; 16. Westfälische Handelsgesellschaft; Gastrock & Co.; 17. Kohlenhandels-Gesellschaft „Hansa“; Kallmeyer & Co.; 18. Kohlenhandels-Gesellschaft „Mark“; Siepmann, Strander u. Co.; 19. Westfälisches Kohlenkontor Naht, Emscherbann u. Co.; 20. Kohlenhandels-Gesellschaft „Niederhein“; Meyer, Franke u. Co.; 21. Kohlenhandels-Gesellschaft „Westfalen“; Wiesbrock, Schulte u. Co.; 22. Kohlenhandels-Gesellschaft „Dücker“; Aht, Beck u. Co.; 23. Deutsche Kohlenhandels-Gesellschaft Löhner, Mentzen u. Co.; 24. Kohlenkontor Weymann u. Co.; 25. Westfälische Kohlenverkaufsgesellschaft Vollrath, Weck u. Co.; 26. Kohlenwerkstoff AG. Weiter werden beschlagnahmt: Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG; Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG; Vereinigte Industrieunternehmungen AG. Firmen mit mehr als 50% Auslandsbeteiligung sind nicht betroffen.

Auf neuen Wegen

Die Vermögenswerte der bekannten Konzerne und Handelsgesellschaften und der Aktienbesitzer der stillgelegten Werke werden an zwei Stellen zusammen-

gelegt und in sie eingebracht. Zu diesem Zweck wird die Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und die einzelnen Bergwerksgesellschaften erhalten je drei bis fünf Treuhänder; was die Eisenindustrie betrifft, wird eine Stahltruhandverwaltung geschaffen. Diese Zungen würden sagen, in Westdeutschland hätte man unter dem Einfluß der Amerikaner zwei Riesenkonzerne geteilt, aber das Gesetz sieht die Weiterentwicklung Zug um Zug vor. Ausgangspunkt hierfür ist die Eisen schaffende Industrie. In der Stahltruhandverwaltung werden 12 deutsche Treuhänder, über deren Ernennung noch nichts verfaßt, zusammenarbeiten müssen, um die Liquidation der betroffenen Werke durchzuführen und in einer zweiten Phase die endgültige Neuordnung in der Eisen schaffenden Industrie vorzubereiten. Dabei gibt das Gesetz zu erkennen, daß Produktionsstätten von Koble, Stahl und Verarbeitung zu „Einheitsgesellschaften“ zusammengefaßt werden dürfen, da es der Zweck ist, eine Betriebsform zu finden, die die höchste Leistung für den Wiederaufbau Europas gewährleistet und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf den Auslandsmärkten sichert, ein Gesichtspunkt übrigens, den wir bei der Demontageplanung leider immer noch vermissen. Allerdings dürfen die neuen „Konzerne“ nicht zu groß sein, da ja, was Deutschland anbetrifft, die erhöhten wirtschaftlichen Machtverhältnisse verworfen werden sollen. Weiter steht fest, daß auf die Mitwirkung von Personen zu verzichten ist, die Förderer der Angriffspolitik der nationalsozialistischen Partei gewesen sind, und ferner sollen die Aufsichtsräte „auf breiter repräsentativer Basis“ zusammengesetzt werden.

Ausradierte Namen

Das Kollegium der zwölf Männer hat offenbar im übrigen einen weiten Spielraum, um zu Entscheidungen über die Einheitsgesellschaften zu kommen. Da die alten Konzerne zerfallen sind, ist von dort her keine Wiederkehr möglich. Wir glauben, daß die Ausradierung der alten Konzerne zugleich mit ihrem weitberühmten Namen eine der größten Überwachungen der Gesetzgeber gewesen ist, ganz abgesehen davon, daß sie brauchbare Ausgangspunkte zu einer endgültigen Lösung gegeben waren. Auch der einfache Mann hier im Revier weiß, daß die Beschlagnahme dieser Namen und die schon früher vollzogene Beschlagnahme der Warenzeichen im internationalen Wettbewerb nicht ohne schädigenden Einfluß sein wird, und man sagt, daß auch hier wie bei vielen Entscheidungen der Militärregierungen die Konkurrenzabsichten zu Tage traten. Nach dem völligen Zerfall der bisherigen Betriebsformen müssen die zwölf Männer gewissenmaßen vom Nullpunkt aus beginnen, und so schwer das auch sein mag, so bietet dieses Verfahren doch materielle Vorteile. Vielleicht kommen auf dem Wege endlich Entscheidungen zusammen, die aus wirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Gründen längst schon eine Einheit hätten bilden müssen, und die hinter den Konzerngrößen steckengeblieben waren.

Das Zwölf-Männer-Kollegium

Wer Mitglied des Stahltruhandverbands wird, darüber ist man schon das Rätselraten im Gange. Man könnte annehmen, daß Heinrich Dinkelbach, der Leiter der Treuhandverwaltung im Auftrage der North German Iron and

Steel Control, in dem Zwölf-Männer-Kollegium vertreten sein wird. Dinkelbach ist ein Meister der Entflechtung. Die Sporen hat er sich verdient, als er schon vor mehr als einem Dutzend Jahren die Demag aus dem Vereinigten Stahlwerken herausgelodert und später weitere Ausgliederungen aus diesem Konzern vornahm, ohne überhaupt die Forderung nach Dezentralisierung von anderer Seite gestellt wurde. Seine Entflechtung aber seit dem Zusammenbruch ist Gegenstand lebhafter Kritik gewesen, die noch vor wenigen Tagen ihren Höhepunkt in einem Kommissionsbericht für die VW gefunden hat. Bemerkenswert war bei Herr Dinkelbach schon vor längerer Zeit in gewisserm Sinne eine neue Stellung bezogen, indem er seine Entflechtungsarbeit sehr betont als eine „möglichst vollständige Maßnahmen konzentrierte, die jede Möglichkeit in der Betriebsform und den Besitzrechten nach offen lassen, und gelegentlich seiner Stellungnahme gegen den erwähnten Kommissionsbericht hat er ausdrücklich wissen lassen, er sei nicht grundsätzlich gegen die vertikale Gliederung, möglich, daß er sich bei der Beschlagnahme als noch tüchtiger erweisen wird, als bei der Ausgliederung. Andere Namen zu nennen, wird sicherlich verflucht. Auch wird es nicht leicht sein, die richtigen Köpfe zur Mitarbeit zu gewinnen, während andererseits manche Persönlichkeiten in der Teilnahme an dem Stahltruhandverband eine Gelegenheit erblicken, die Auffassung ihrer Werke zum Ausdruck zu bringen. In jedem Fall empfiehlt es sich, den Männern, die sich zur Verfügung stellen, die Gewährleistung zu verschaffen, daß sie gegen Torpedierungen geschützt sind und unbesorgt ihrer gewohnten schweren und verantwortungsvollen Arbeit nachgehen können.

Bedenkliche Schwächen

Die Aufspaltung des Kohlenbergbaus, was das Gesetz auch den Erzkohlebergbau, sowie der Eisen schaffenden Industrie in ihre kleinsten Einheiten, die Liquidation mehrerer Werke zu Produktions-einheiten, verfallen eine Fülle betriebswirtschaftlicher, betriebswirtschaftlicher, finanzieller und nicht zuletzt auch steuerlicher Fragen auf, die in ihren Auswirkungen bisher nicht absehbare ungesunde störende Folgen zeigen können und wohl leider auch werden. Aber vielleicht wird auch damit einiges Gute verbunden sein, insofern, als endlich einmal klar wird, was unsere Industrie in Wirklichkeit wirtschaftlich ist. Der Zustand der Unübersicht, in der sich unsere Industrie befindet, wird noch ärgerlicher, weil noch viele Ausführungsabweichungen ausstehen. Sie müssen die in mancher Beziehung wünschenswerten Klarheit bringen, und hoffentlich werden sie auch die bisherigen Ausführungen und die Bestreben aufheben und deutlich machen, was die nun seit langem entretene, Aktienbesitzer zu erwarten haben. Die Märchen von den Schluß- und Zwischenarbeiten ist längst in nicht zusammenhängenden und man weiß heute, daß viele Zehntausende von Sparern ihre Gelder für den Aufbau der Industrie hergeben haben, und daß man sie niemals mehr für die Finanzierung aufwendiger wirtschaftlicher Pläne gewinnen kann, wenn ihnen nicht endlich Recht geschieht.

Eingriff in die Elektrizitätswirtschaft

Ein besonders trauriges Kapitel des Gesetzes stellt die vollkommen über-

raschende Beschlagnahme in der Elektrizitätswirtschaft dar, die durch den Eingriff vor allem in der RWE und die VEW einen schweren Schlag erlitten hat. Diese Beschlagnahme dürfte nicht ohne sehr nachteilige Folgen für die Produktionsleistung der EW-Werke und die Tarifgestaltung sein. Die Elektrizitätswirtschaft hat, auf gemeinsamer Grundlage arbeitend, ein Optimimum an Leistung durch ihre Raum überbrückende sinnvolle, nun aber plötzlich zerrissene Verbundwirtschaft zu Wege gebracht, so daß man auf eine schnelle Revision dieser unverstärkten Anordnung hinzuwirken muß. Im übrigen sind wir in der Tat der Ansicht, daß das Gesetz noch in anderen Punkten die Möglichkeit schenkt, die „offensichtlichen“ Merkmale einer allig Kiezergewinn trägt. Die in Aussicht gestellten weiteren Absicherungen bieten dazu die willkommenen Handhabe und die Möglichkeit der Einschaltung des Wissens deutscher Experten.

Das gemeinsame Ziel

Wesentliches Voraussetzung aller Beteiligten und ausländischen Interessierten dürfte die möglichst schnelle Wiederkonstruktion der in dem Gesetz Nr. 10 angestrebten Lösung sein. Unsere Wirtschaft muß endlich aus dem Zustand des Experimentierens heraus, zu einer bedeutsamen Phase der Entflechtung zu eilen, und es müssen ihr wieder die Grundlagen für eine ruhige und unbesorgte Arbeit bereitet werden. Als offenbar wohlgeleiteter Rahmenwerk bietet das Gesetz hierzu die Voraussetzungen, für die die deutschen Treuhänder mit äußerster Dringlichkeit die Form finden müssen. Gelingen ihnen das ehestens, so wollen wir mit dem Militärregierungen hoffen, daß vereintes Bestreben zu dem gemeinsamen Ziel führen wird: zu einer gesteigerten Produktion und zum Wiederaufbau Europas.

Die Eingruppierung gewählter Wirtschaftskräfte

Als im Juni die Regierung Schuman-Bledack die Londoner Beschlüsse vor der Nationalversammlung verfaßt und das Parlament dann eine Zustimmung dazu erteilte, gestaltete das unter der Ägide, daß Frankreich bei der Durchführung des Abkommens nicht für sich selbst einen Einfluß geltend machen könne. Da durch die amerikanische und britische Besatzungsmacht, erzwungen Gesetz Nr. 10 über das Schicksal der deutschen Röhre hat nunmehr diese Haftung in Frage gestellt. Frankreich steht in diesem Gesetz eine Verletzung der Londoner Abmachungen, die die Schaffung eines internationalen Kontrollorganes für das Ruhrgebiet vorsehe, eine Kontrolle, die nach französischer Auffassung von vornherein illusorisch sei, wenn man nicht nur die Verwaltung und technische Leitung der Gruben und Stahlwerke in deutsche Hände überläßt, sondern es auch einer deutschen Regierung überläßt, über die künftigen Besitzrechte zu entscheiden.

Wer die Dinge objektiv zu sehen sich bemüht, kann nicht leugnen, daß Frankreich einigen Grund hat, sich Gedanken über die Zukunft der Ruhr zu machen. Man möge aber dabei nicht wider sich lassen, daß die Bevölkerung in West- und Mittel-Deutschland sich ebenfalls zu erfolgreich gegen die kommunistische Zersetzungsarbeit, weil sie in der Haftung und im Glauben an den geliebten Anschluß an die Völker mit abendländischer Tradition, in der Hoffnung auf Friede, Arbeit und Wiederherstellung des zerstörten Europas ihren schweren Kampf um das tägliche Brot kämpft. Wie die Verhandlungen über die Ruhrfrage zeigen, hat Frankreich eines der wichtigsten Schlüssel in der Hand, um einen neuen Weg, der frei ist von einer überhöhten Konstellation aufzumachen.

Zölle hin - Zölle her

Seit wir in Nummer 40 vom 1. 11. 1948 unter dem Titel „Von Zollamt-„Schimmel““ das besonders Gebiet der Zölle unter unsere Lupe genommen haben, wenden wir mit Zuschriften über-schüttelt, die weitere Beweise für die Rechtsunsicherheit auf diesem Gebiet bringen. Wir können hier nicht alle Fälle anführen, sondern wollen nur aus auf zwei ähnlich gelagerte beschränken, die besonders typisch sind.

Es handelt sich in beiden Fällen um alkoholische Getränke, die aus Beständen der Besatzungsmacht stammen, ordnungsgemäß bezahlt waren und von einer Zölle in die andere gebracht wurden. In beiden Fällen wurden die Waren in der Ankunftszone beschlagnahmt, mit dem Hinweis darauf, daß sie nicht verzollt seien. Daraufhin wandte sich der Käufer an das zuständige Finanzministerium der Herkunftszone, veranlaßte dort ordnungsgemäß die Ware, und schickte eine beglaubigte Abschrift dieser ministeriellen Zolldeklaration an das Zollamt in der Ankunftszone, das die Beschlagnahme verurteilt hatte. Jeder Kaufmann würde nun annehmen, daß die Ware freigegeben würde. Aber da wir eben keine Rechtsunsicherheit haben und jedes Zollamt glaubt, machen zu können was es will, schreiben in beiden Fällen die Zöllner ins waren nicht die gleichen an den Käufer der Ware, daß die Entscheidung und die Verzollung des Finanzministeriums für sie keine Bedeutung habe, es verlangen vielmehr, daß ein Zollamt die Verzollung bestätigen müsse, wobei — und hier verlieren die Entscheidungen — das Zollamt der Ankunftszone eine Bestätigung von zuständiger Zollamt der Herkunftszone, das andere aber verlangt sogar, daß die Ware dort verzollt werde, was sie beschlagnahmt worden sei. Das Badische Finanzministerium — darum handelt es sich hier — hat sich bei der Erledigung dieser Angelegenheit vorbildlich benommen.

Die Rechtsunsicherheit ist also doppelte: 1. Auerkennt ein Zollamt nicht, was ein doch jedem Zollamt des

betreffenden Landes vorgezogenes Finanzministerium ordnungsgemäß erledigt hat, das sind Manieren, die an Wildwest erinnern. 2. Sind die Zollämter nicht einmal einig darüber, was eine Ware verzollt werden muß. Das ist auf die Dauer für die Wirtschaft völlig untragbar.

Man bestreite doch, a) weiche großen Kapitalien hier festgelegt sind, und durch die Beschlagnahme nicht flüssig gemacht werden können, b) weiche Unsicherheit in der Kalkulation und Preisbildung entstehen müssen, wenn heute noch nicht einmal einstuftend feststeht, ob überhaupt auf diese Art von Waren Zoll erhoben werden kann, das Schlimmste aber ist c) daß sehr verschieden hohe Zölle aus angewandt werden, in einigen Fällen sind sie so hoch, daß ein Absatz unmöglich erscheint. Daran kann nun wiederum der Fiskus kein Interesse haben.

Uns scheint, daß die Beschlagnahme in der Ankunftszone weniger aus Pflichterfüllung und um der Gerechtigkeit wegen, als um der Geldeinnahmen für den Staat willen vorgenommen worden sind. Das eine der erwähnten Zollämter hat jetzt die Katze aus dem Sack gelassen, als es erklärte, daß dort, wo die Ware beschlagnahmt worden sei, sie auch verzollt werden müsse, — was übrigens der Reichsbeschlagnahme widerspricht.

Und in diesem Streit zerbricht sich die private Wirtschaft. Das scheint man als Interesse der Staaten für die private Wirtschaft zu deklarieren. Wir sind anderer Meinung; Man pflegt die Rechtsunsicherheit von Staats wegen, um möglichst viel von der Wirtschaft an Geld herauspressen zu können, damit man in dem Behörden nicht zu sparen braucht, damit die Beamten ihre Posten nicht verlieren; denn sie können ja mit dieser Beschlagnahme ihre Existenzberechtigung beweisen, und schließlich hat man ja noch andere Beamte, die in öffentlichen Kundgebungen erzählen, wieviel die Behörden für die private Wirtschaft tun — eine wenig erfreuliche Mitteilung.

Sparen - auch beim Staat

Es ist ein offenes Geheimnis, daß unser gesamter Staatapparat an einer Aufblähung leidet, die nachdrage als chronisch und lebensgefährlich bezeichnet werden muß. Wir haben schon einmal Gelegenheit gehabt, von 116 Ministern zu reden, die im Gebiete des ehemaligen Deutschen Reiches tätig sind. Aber es ist nicht nur die Zahl von 116 Ministern, die uns zu denken gibt. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß sich um jedes dieser Ministerien ein reichhaltiger Stab von Mitarbeitern schart, der schätzungsweise eine horrend Summe ergibt, die wir aus Rücksicht auf unsere Nerven lieber nicht ausrechnen wollen. Nun sind wir gewöhnt nicht die einzigen, die auf diese Tatsachen hinweisen. Es hat sich in der Zwischenzeit überall herumgesprochen, und auch die Parlamente und die einzelnen Länderregierungen haben sich mit der Angelegenheit befaßt.

Eine bemerkenswerte Sanierung ist aber noch nicht erfolgt. Man bestirbt sich ab und zu, daß diese oder jene Verwaltung an einen Abbau ihres Personals in der jener Höhe denkt. Selten aber kann man davon hören, daß der Staat prinzipielle Überlegungen darüber aufstellt, ob nicht einmal geprüft werden sollte, die Gesamtheit der Verwaltung, nicht nur die Bewirtschaftungsstellen, nach ihrer Dienstverpflichtung, ihrem Geschäftsbereich und ihrer Beziehung nach dem Leistungsprinzip unter die Lupe zu nehmen.

Es unterliegt nach oben übereinstimmender Ansicht keinem Zweifel, daß beispielweise der Finanzapparat des politischen Reinigungsverfahrens für einen totalen Abbau überfällig geworden ist. Es kann dabei gar keine Rolle spielen, ob sich dieser Apparat teilweise aus den eingehenden Straf-geldern und Gebühren erhält oder ob er aus allgemeinen Steuernmitteln bezahlt wird. Auf jeden Fall belaufen sich seine Kosten auf Millionenbeträge, die der Allgemeinheit zur Last fallen. Wie diese über das Problem denkt, so wird er sich von jedem einzelnen erfragt werden, der einem zufällig in die Hände fällt. Mühe der Säuberungsapparat aber aus Gründen, über die nicht wir zu entscheiden haben, weiterlaufen, dann müßte aus mindestens eine Organisation erheblich vereinfacht und verbessert werden. Es ist sich nämlich kaum etwas Schwerfälligeres und Umständlicheres denken, als ein Säuberungsverfahren, angefangen von der allzusehrlich bemessenen Anzahl der Beamten bis zu den Zentralstellen, die unter Aktenbergen erliegen. Es ist beispielsweise nicht einzu-sehen, daß bei Beförderungen und Neueinstellungen stets noch die Zentralstelle der Säuberung erfragt werden muß. Diese Entscheidung könnte ruhig dem zuständigen Ministerium überlassen bleiben. Wir könnten darüber noch vieles sagen, doch ersparen wir es uns in der Hoffnung, daß in Bälde doch der schon längst fällig gewesene Schuldschnitt gezogen wird.

Die Einsparung gewählter Wirtschaftskräfte scheint langsam Wirklichkeit zu werden. Was noch übrig bleibt, müßte aber ebenfalls nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten, die auf diesem Gebiet besonders anhebelig sollten. Der Formularapparat muß auf ein Minimum beschränkt werden. Doppelunterschriften müssen fallen, eine Dezentralisierung erscheint in manchen Fällen wünschenswert zu sein.

In der Arbeitsverwaltung könnte man — wir haben schon öfters darauf hingewiesen — endlich auf Lohnsatz, Arbeitsverpflichtung und in vielen Fällen auf das Zustimmungungsverfahren bei Arbeitsplatzwechsel verzichten. Für völlig überflüssig aber halten wir die Weiterführung der Milde-Verordnung, die bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage nur noch formalistische Bedeutung hat. Was nötig ist, dem, in Zeiten der wachsenden Arbeitslosigkeit Personalgruppen den Arbeitsstellen zuzuführen, mit denen sie nicht anfangen ist und die überörtlich echten Arbeitnehmern noch Konkurrenz zu machen vom Staat selbst gezwungen werden? Hier kann und muß sofort gespart werden! Denn daß der Wegfall der genannten Anordnungen wesentliche finanzielle Entlastung bedeuten würde, ist für den Sachverstand klar.

Auf dem Gebiete des Personal-wesens aber könnte bei richtiger Anwendung des Leistungsprinzips darüber hinaus noch wesentlich mehr eingespart werden. Allerdings muß man sich bei Durchführung dieser Maßnahmen von dem noch sehr stark verbreiteten Gedanken frei machen, daß Staat und Wirtschaft verschiedenen ökonomischen Prinzipien unterliegen. Es sind selbstverständlich die gleichen Gesetze, die Staat und Wirtschaft beherrschen! Das Leistungsprinzip muß auch im Staatswesen groß geschrieben werden, wenn man wieder auf einen grünen Zweig kommen will. Daß bei einer gewissen-

haften Prüfung dieser Frage der Gedanke, der Staat sei eine Versorgungsanstalt, von vornherein auszu-scheiden muß, müßte allgemein klar werden. Der Steuerzahler verbietet es sich in aller Form, daß Leute, die von Tuten und Heulen keine Ahnung haben, mehr oder weniger verantwortliche Posten aus-Jahalt in die Hand gedrückt bekommen, weil ihre Partei gerade an der Reihe ist. Wie können es aus einseitig nicht sein, indem diese Posten einen fachkundigen Nachbesitzer an die Hand zu geben, dessen meist schlechter bezahlte Arbeit dann von „Christ“ nur noch zu unterscheiden ist.

Um die Probe aus Beispiel zu machen, bitten wir Zweifel und Verzweifel unserer Behauptung, nur einmal auf ein x-beliebiges Amt zu gehen, damit sie in vielen Fällen selbst erleben, wie sie von Posten zu Posten geschickt werden, bis sie endlich an der Tür des kleinen Sachbearbeiters landen, der dann die ersehnte Arbeit aus-händigen kann. Wieviel die Forderung, ein Beamter müsse alles wissen, gilt zu sein. Aber daß jeder im Auf-zugsbetrieb seiner Behörde bis ins kleinste Bescheid zu wissen hat, ist von leitenden Personen dann doch zu verlangen. Dazu gebührt aber in Gottes Namen die entsprechende Vorbildung oder Schulung nicht allein Talent und Charakter. Man braucht sich nur den umgekehrten Fall denken: Ein Beamter kommt zum erstenmal in die Produktion und erhebt sofort Anspruch darauf, als technischer Abteilungsleiter oder sogar nur als Facharbeiter beschäftigt und bezahlt zu werden. Der jüngste Lehrling würde lachen und den neuen Chef mit jeder technischen Kleinigkeit so hineinlegen, daß er bald unmöglich wäre. Aber für den Staatsdienst oberst der einzige Grundsat: Gelehrte ist gelernt! Offen-sichtlich nicht zu gelien! Da solche Irrtümer viel Geld kosten, dürfte klar sein, hier also ist der Sparhebel anzusetzen! Die Parteien aller Richtungen können mit der Durchführung dieser Grundsatze einmal objektiv zeigen, daß ihnen das Allgemeinwohl höher steht als die Parteistimmen!

Und noch etwas: Der Höhepunkt menschlicher Leistungskraft scheint uns mit 65 Jahren im allgemeinen überschritten zu sein. Darüber sind sich die Gelehrten aller Jahrhunderte einig. Auch der Staatsapparat wird sich dieser Einsicht nicht verschließen können. Die Pensionierungen müssen also mit den übrigen Spar- und Abbaumaßnahmen parallel laufen, schon aus Gerechtigkeits-gründen. Man scheint da und dort übersehen zu haben, daß wir auch eine Jugend haben, die schon öfters, insbesondere vor Wahlen, nur lakonischen Mitarbeiter mit heißem Wort aufgefodert wurde. Nun, man muß hier auch die Möglichkeit dazu geben! Oder soll der fähigste Leiter einer zentralen Justiz-dienststelle irgendwo in der Westzone zur Richtschnur für die Vergütung des Staatsapparates genommen werden? Wir hoffen es nicht, sind aber bei Durchsicht der Alterslisten etwas skeptisch geworden. Es rührt sich doch nichts!

Die zu erwartenden Sparmaßnahmen werden Hürden mit sich bringen. Aber uns scheint ein rechtswirksamer, wenn auch noch so schmerzlicher Eingriff besser zu sein als eine Krankheit, die langsam aber unso sicherer, zum Ende führt.

Am Ausguck: Zwischen Seine, Ruhr und Jangtsekiang

Künftige, hoffentlich glücklichere Geschlechter, werden viele von dem, was sich in unseren Tagen bezieht, nicht mehr begreifen. Sie werden es sich nicht erklären können, warum zum Beispiel die Verhandlungen im Schilde des Friedensvertrates und der UNO über Palästina nicht zustande waren, Frieden zwischen Arabern und Juden zu schaffen. Von den verwirrenden Ereignissen um Berlin aber, die jetzt durch das Angebot Ewata und Liss nach längerem Stagnieren wieder eine Belebung erfahren haben, werden die künftigen Generationen völlig verständnislos sein. Wie können sie dürfen sie sich erlauben fragen, die Politiker der Humanität und der Kultur sich so schiefleide in die Quere kommen, daß sie das Schicksal von fast zweihundert Millionen Frauen, Kindern und Männern auf ihre schmalen, gleichsam als wären die empfindungslose Würfel, Gewürz, die Eiteligkeit, Braggaglia, der in letzter Zeit in London und Paris alle Betel in Bewegung gesetzt und sich mehrfach seine Verewidlung mit Wyrchinski an einem kleinen Präzedenzfall zusammengeknüpft hat, muß anerkannt werden, aber während man in Paris in-mechanisch eine gewisse Sympathie mit der Aktion Ewata, Liss und Braggaglia durch-schlecken ließ, wurde der Vermittlungs-ver-such in London sehr abweisend kom-muniziert. An der Thematik vertrat man die Ansicht, es sei schon verständlich klar-gestellt worden, daß die Westmächte sich zu einer Besprechung über Berlin und die anderen deutschen Fragen nicht bereit finden könnten, solange die Blockade von Berlin aufrecht erhalten werde. Zudem erklärte man darüber hinaus, daß es mit einer Beteiligung des Konfliktes um Berlin nicht gehen sei, da ja noch andere zahl-

reiche Streitfragen zur Spannung zwischen Ost und West beitragen würden, wie die Kämpfe in Griechenland, die Abfertigung, die Kontrolle der Atomenergie usw. All diese Argumente zeigen, daß es sich bei den gegenwärtigen Fragen eben nicht um Sympathie als um die Ursachen der Spannung handelt. Darum kommt unsere Gegen-wart auch keine isolierten Konflikte mehr.

Das Geschehen in den fernten Ländern ist auf das Kernproblem des Kampfes zwischen Ost und West orientiert und mit seine antichristliche Beurteilung in diesem Zusammenhang. Bedenke, ob es sich um die schwachen Bestrebungen in Richtung, die internationalen Vorgänge in Frankreich, im Tunes oder um den Atlantik handelt, der nunmehr ja auch endlich diskussionsreif geworden ist, wenn selbst die Diskussion mehr wegen der Rücksicht auf die konstitutionelle ameri-kanische Empfehlung als auf die vor-wiegend strategische Natur des Problems noch abgelehnt ist. Es ist ferner nicht ganz einfach, bei der Fülle neuer Faktprojekte zu denen besonders der Britischer Abkom-men mit seinen vielfachen Klavieren und die Marshall-Organisation gehören, die einseitige Bedeutung des Atlantikpaktes klar herauszustellen. Das ausdrücklich lagende Regierungskomitee für Mitglied-länder der westeuropäischen Union wird, wenn es sich mit dem Gedanken eines europäischen Bundesparlamentes befaßt, nicht nur deshalb wenig kritische Über-schätzung haben, weil man hier die Linie verläßt, die in absehbarer Zeit zu prak-tischen Erfolgen führen kann, während ein über die westeuropäische Union hin-ausgehender Europapakt derzeit un-möglich sei. Wohin es führt, wenn nur halbe

Dinge geplant und getan werden, so wie in aller Deutlichkeit die Ereignisse in Fernost, Nationalchina hat zwar aus Ameri-ka eine ansehnliche Summe Gold und Kriegsmaterial erhalten, aber eben bei weitem nicht genug, um zu verhindern, daß die kommunistischen Armeen hier vor die Tore von Nanking dringen konnten.

In der Politik gegenüber dem Osten wird für den Westen die Entscheidung über den endgültigen Kurs heute auch da-durch erzwungen, daß die jahrelange altes inneruropäische Gegenüber zu psychologischen Fronten erzwungen, sich wie vor die größten Hemmnisse für das Ent- stehen eines westlichen Solidaritätsgedankens stände. Was bisher in dieser Bezie-hung zustande kam, gelang, so scheint es uns, nur mit Hilfe der Russen, wobei zu bedauern ist, daß die Entlohnung mehr auf der Furcht als auf der Erkenntnis jenseitiger Vorteile, die Europa gegenüber jeder Gefahr zusammen zu verbinden hat. Die Bilanz Jüden Nöges über die Auswir-kungen der Streikwelle auf die Wirtschaft Frankreichs zeigte, daß es sich beim Problem des Westens doch vor allem um ein Produktionsproblem handelt, was es sich Europa in der Zeit des aufsteigenden Wirtschaftsaufschwungs erst sieht. Solche Probleme können niemals mit den un-sicheren und ängstlichen Methoden einer nach allen Seiten hin Rücksicht nehmen- den Mentalität gelöst werden. Es braucht dazu die Elbertenstärke eines Liber-alismus, dem bei Abkehr der Freiheit der unmittelbaren Person, die Produktion der Primäre ist, und der darum arbeiten will, arbeiten und aufbauen.

So müssen wir auch die Ruhrfrage verstehen, die heute wirklich zur Schicksals-frage Europas geworden ist. Die Ruhr hat heute das Energiezentrum Europas, nur wenn die Kohlenproduktion dort ihren Vorkriegsstand nicht nur erreicht, son-derer auch noch übersteigt, kann der ge-

samte Wirtschaftsapparat Europas wieder voll in Gang kommen.

Als im Juni die Regierung Schuman-Bledack die Londoner Beschlüsse vor der Nationalversammlung verfaßt und das Parlament dann eine Zustimmung dazu erteilte, gestaltete das unter der Ägide, daß Frankreich bei der Durchführung des Abkommens nicht für sich selbst einen Einfluß geltend machen könne. Da durch die amerikanische und britische Besatzungsmacht, erzwungen Gesetz Nr. 10 über das Schicksal der deutschen Röhre hat nunmehr diese Haftung in Frage gestellt. Frankreich steht in diesem Gesetz eine Verletzung der Londoner Abmachungen, die die Schaffung eines internationalen Kontrollorganes für das Ruhrgebiet vorsehe, eine Kontrolle, die nach französischer Auffassung von vornherein illusorisch sei, wenn man nicht nur die Verwaltung und technische Leitung der Gruben und Stahlwerke in deutsche Hände überläßt, sondern es auch einer deutschen Regierung überläßt, über die künftigen Besitzrechte zu entscheiden.

Wer die Dinge objektiv zu sehen sich bemüht, kann nicht leugnen, daß Frankreich einigen Grund hat, sich Gedanken über die Zukunft der Ruhr zu machen. Man möge aber dabei nicht wider sich lassen, daß die Bevölkerung in West- und Mittel-Deutschland sich ebenfalls zu erfolgreich gegen die kommunistische Zersetzungsarbeit, weil sie in der Haftung und im Glauben an den geliebten Anschluß an die Völker mit abendländischer Tradition, in der Hoffnung auf Friede, Arbeit und Wiederherstellung des zerstörten Europas ihren schweren Kampf um das tägliche Brot kämpft. Wie die Verhandlungen über die Ruhrfrage zeigen, hat Frankreich eines der wichtigsten Schlüssel in der Hand, um einen neuen Weg, der frei ist von einer überhöhten Konstellation aufzumachen.

Wir greifen auf:

Kurzer Sommer?

Wir haben an dieser Stelle oft über Preisserhöhungen berichtet, und freuen uns, heute das Gegenteil tun zu können. Die erste Preissenkung des ersten halben Jahres am Horizont, brachte uns die Industrie für Haushaltsmaschinen. Sie hat die Preise um 3% erniedrigt. Nun ist ein zweiter halber Streifen erschienen: Die Verbrauchsgüter für ständige Produkte der Konsumindustrie werden, zum Teil sehr erheblich gesenkt. Schokolade um 10% und mehr, Einkochringe um 10%, Wingerwagen sogar um 15%. Die Preise auf dem Gebiete der Kraftfahrzeugreifen sind um durchschnittlich 3% erniedrigt worden (DKW-Reifen um 4,5%, Schläuche um 11%, Decken für Lastkraftwagen um rd. 10%).

Nun machen auch zwei Schwäbeler noch keinen Sommer, und innerhalb der Lebenshaltungskosten spielen die Artikel, die wir hier einführen, keine bedeutende Rolle. Denken wir auch daran, daß die Freude über diese Schwäbeler stark getrübt wird durch die haben, die wir in der nicht unerheblichen Erhöhung der Holzpreise, über die wir heute an anderer Stelle berichten, zu sehen haben. Wir wollen vor allem vor Überbetonung und Überhöhung von Preisserhöhungen auf Gebieten warnen, wo sie leicht durchführbar sind, ohne eine wirkliche Bedeutung für die Entlastung der Großbörsen des Einzelnen zu haben. Wir kennen solche Preisermäßigungen von früher, welche mittels Preisermäßigungen auf einem ganz mittleren Gebiet wurde mit ungeheurer Eile vorgenommen — und die Lebenshaltungskosten der Einzelnen blieben davon unberührt. Dahin wollen wir nicht wieder kommen.

Trotzdem freuen wir uns über diese ersten Schwäbeler, und wir halten es durchaus für möglich, daß im Zuge der Zahlungen für das Sofortprogramm bald aus diesen zwei Schwäbeler ein kleiner kurzer Sommer wird. Wärmern wir uns an dem milden Sommer, der uns beschieden sein wird. Im übrigen steht auch weiter das Barometer auf Regen. Es wird zweifelhaft sein, den Regensturz immer griffbereit zu haben.

Schokolade — etwas bitter

Es sollte wieder Schokolade geben, und zwar deutsche Schokolade. Vom Notstandsministerium wurden jedenfalls schon vor längerer Zeit 5000 t Rohkakao für Deutschland freigegeben, allerdings zu einem gestiefferten Preis. Die deutsche Schokoladenindustrie, die sich durch Herstellung von allerlei „Erstst“ recht und schlecht für ihre ursprüngliche Aufgabe, Der Kakao kann aber nicht. Die Einfuhr wurde abgelehnt, wahrscheinlich zugunsten kalorienreicher und billigerer Nahrungsmittel. Die schwer erworbenen Dollars müssen eben anderweitig angewandt werden, z. B. für die Einfuhr von Textilstoffen usw. Wir hatten schon kalkuliert, daß eine Tafel deutscher Schokolade sich mindestens auf drei Mark stellen würde, man widersprach uns und kalkuliert mit 1,25 DM für die 100-Gramm-Tafel. Nun haben wir Schokolade in Hülle und Fülle, in jedem Gasthaus und in jedem Café kann man Schokolade kaufen. Belgische, holländische, schwizerische, amerikanische, französische, englische und technische Schokolade zum Preise von 5 bis 6 DM die Tafel. Die Schokolade findet guten Absatz, vor allem jetzt, wo sich die Weihnachtszeit nähert. Es muß ein glänzendes Geschäft für die Schokoladenindustrie der aufgeschlossenen Länder sein. Denn die Umsätze gehen in die Millionen. Man findet, daß Deutschland ein guter Absatzmarkt ist. Hoffentlich kommt man schließlich nicht auf den Gedanken, daß die deutsche Schokoladenindustrie eine Kringschokolade ist, denn sie hat früher einmal tatsächlich Gewürze, Kanonen und sogar Soldaten erzeugt, allerdings aus Schokolade, was andere militärische Staaten auch.

Aber auch so kann man sie schließlich überflüssig machen. Man gibt die einfachen kleinen Rohkakao — und läßt Fertigschokolade importieren, angeblich nach auf krummen, später vielleicht auf geradem Wege.

Selbstanzeige des Bürokraten

Ein Freund unseres Blattes übermittelte uns eine ihm zugedachte, an alle Postfachbesitzer gerichtete, gedruckte Aufforderung des Postfachamtes Hannover, in Zukunft von der Verwendung von Formularen abzusehen, die im Unterdruck das Erinnerungsmal des sogenannten Dritten Reiches, den Beschriftung mit dem Hakenkreuz, aufweisen. Diese Überbleibsel einer überwundenen Zeit, so heißt es in der Aufforderung des Postfachamtes wörtlich, müssen baldig am dem Verkehr gezogen werden. Wenn Sie noch solche Blätter in Händen haben, bitten wir Sie, sich neue Hefte und Formblätter, die diese Merkmale nicht tragen, zu bestellen und die veralteten nach Entleerung der neuen zu vernichten. Hakenkreuzformuläre können noch bis spätestens 31. Dezember 1948 benutzt werden, später werden wir sie zurückgeben müssen.

Dem Schreiben unseres Freundes sind zwei der beanstandeten Formblätter beigegeben. Man muß sie einer gewissen Prüfung unterziehen, um endlich das Erinnerungsmal auf der Rückseite zu entdecken, diesen Kreis von nicht einmal zwei Millimeter Durchmesser, der sich erst durch die Lupe betrachtet als Rahmen eines Reichsadlers erweist; aber auch die Lupe reicht nicht nicht scharf genug, um auch noch ein Hakenkreuz sichtbar werden zu lassen. Mit Recht schreibt hierzu unser Freund: „Von 1000 Menschen haben 998 bis heute

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Im Oktober wurden im Transitverkehr Friedrichshafen — Rommelschorn 174 beladene Eisenwagen übergesetzt gegenüber 184 im September. Der Hauptanteil an diesem Transitverkehr entfällt wieder auf die Technische Lokomotive.

Die erhöhten Transportanforderungen im Herbstverkehr konnten nach Mitteilung der Eisenbahnleitung beim Südwürttembergischen Industriezentrum ohne besondere Schwierigkeiten bewältigt werden. Die Zusammenarbeit von Schiene und Straße hat sich als vorteilhaft erwiesen, nachdem der Kraftwagenverkehr vorübergehend Entlastungsbereich auf 36 bis 40 Kilometer festgelegt wurde. Damit ergab sich für die Verkehrsträger die Möglichkeit, auch im Naturverkehr Transporte mit der Eisenbahn durchführen zu lassen.

Die Holzpreise für Lieferwagen werden in der französischen Zone wie folgt festgesetzt: I. Weichholz: frs. 3 Rundholz: 75% auf den Preis von 1943, 5. Grubenholz: 75% auf den Preis von 1943 zuzugl. Beladungsschiff, 1. Nadelholz: 80% auf den Preis von 1943 zuzugl. Beladungsschiff, 1. Laubholz: 80% auf den Preis von 1943. Beim Schmalholz erhöht sich der Preis um 80% in der Hauptpreigruppen I (Bretter und Bohlen, III (Bauholz) und IV (Grubenholz), gegenüber der Nadelholzverordnung von 1943. Der Zuschlag in der Preigruppe II (Hohlware) beträgt 120%, bei Nebelholz 18 mm 120%. Diese Preise treten am 15. November 1948 für alle Lieferungen im laufenden Geschäftsjahr (ab 1. Oktober 1948) in Kraft. Lieferungen aus dem vorhergehenden Geschäftsjahr sind zu den alten Preisen zu erfüllen.

Nachdem die vorläufigen Arbeiten an der Glasbrücke abgeschlossen sind, konnte der seit Kriegsende teilweise völlig unterbrochene Durchgangsverkehr von Gießen zur Alvine wieder aufgenommen werden. Für den endgültigen Bau der Brücke liegen zwei Projekte vor. Am Petzberg bei Althausen in der Westfälischen Kalksteingrube mit einer Tiefe bis zu 700 m sollen jetzt abgebaut werden. Es handelt sich um abbaufähige Kalksteinvorkommen, die eine Fortsetzung der Basaltzone darstellen.

Das Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen wird kein Jedermann-Programm für Textilien durchführen, weil die Preise in der französischen Zone kontrolliert gebildet sind, und wesentlich unter denen der Doppelzone liegen. Über die Durchführung eines Jedermann-Programms für Schuhe sind dagegen Besprechungen zwischen den Wirtschaftsministern der französischen Zone im Gange.

Auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen sind die unmittelbar nach der Währungsreform vorgenommenen Entlassungen fast wieder ausgeglichen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 30. Oktober 130.900 gegenüber 120.300 am 31. Mai.

Zur Verminderung von Stromlastschwankungen und Produktionsausfällen im Winter arbeitet das Rheinische Elektrizitätswerk einen Plan aus, nach dem der Kölner Raum in 7 Sektoren eingeteilt werden soll. Die Industrie soll während der kommenden Wintermonate am Samstag und Sonntag voll arbeiten, während jeweils einer von sechs Sektoren ein Wochentag Sonntagsruhe hält und am vorhergehenden Tag wie am Sonntag arbeitet. Bei den sieben Sektoren, dem Porzellan, bleibt alles mit Rücksicht auf die langen Anmarschwege wie bisher.

nichts von dem „Erinnerungsmal“ gewußt. Keine Volkstete wurde von dem Mal vermisst, da niemand es wahrzunehmen hat. Ein verständiges Volk würde im gleichen Fall die vorhandenen Formulare aufbrauchen und die neuen ohne Erinnerungsmal drucken lassen. Wir aber müssen unser mühsam verdientes Geld für solche Leerarbeit hergeben. Papier ist zwar knapp, für solche Zwecke muß es aber vorhanden sein! Was muß der Mann, der das angeordnet hat, Zier haben! Und für solche Arbeit bekommt er noch Gehalt!

In der Tat: Das Postfachamt Hannover hätte sich wohl mit der Aufforderung begnügen können, das Erinnerungsmal unkenntlich zu machen. Das anständige Maß muß verschoben, gewollt. Was aber geschieht mit dem Besitzer des Postfachamtes Hannover, zu dem noch nicht gehörten zu sein scheint, daß man nun endlich genug zu haben beginnt vom Papierkrieg. Die Aufforderung des Postfachamtes erscheint uns als Selbstzweck eines unentwegten Bürokraten. Und was mit Bürokraten am besten zu geschehen heißt, darüber gibt es nur noch eine Meinung.

Das Staatsbewußtsein

Bayern besitzt als ältester deutscher Staat ein Staatsbewußtsein, das den neugeschaffenen deutschen Ländern naturgemäß abgeht, stellte ein Mitglied der Bayerischen Delegation in Bonn fest. Dieses bayerische Staatsbewußtsein, das in den vergangenen zwanzig Jahren durch die scharfe Mitarbeit am Aufbau des 1900jährigen Reiches etwas stark überschattet wurde, beginnt sich nun sehr reges zu manifestieren. Zuweilen etwas massiv, so daß es wie ein Keil in deutschen Ländergefüge wirkt. Je mehr man auf diesen Keil schlägt, desto lockerer wird naturgemäß das Ge-

Von dem zeitlich begrenzten Demonstrationen in der französischen Besatzungszone profitieren unter anderem auch die Dyckerhoff-Zement-Werke und die Zementfabrik Siegen in Newried. Wie schon gemeldet, hat der französische Militärgouverneur General Koenig, eines Demontagewerks bis zum 15. Dezember dieses Jahres zugestanden.

Die Tullinger Schuhindustrie wird Ende des Jahres weitere Arbeitsverpflichtungen vermeiden müssen, wenn sie nicht in das Jedermann-Programm der Binnens eingereiht wird, wurde hier in einem Pressekonferenz von den Industriellen erklärt. Die unzureichende Rohstoffzufuhr erschweren die Produktionsentwicklung.

Die bisherigen Milchlieferungen westfälischer Landwirte an das Rheinland in Höhe von 15000 t täglich sind mit Genehmigung der Militärregierung eingestellt worden.

Die Arbeitslosen in Südwürttemberg (ab nach einem Bericht der Landesregierung von 2100 Anfang Oktober auf 2807 Anfang November zurückgegangen).

Die pfälzische Industrie wird mit der Anforderung von Militärbehörden immer spärlicher. Je weniger es gelingt, ihr Faktorkräfte zur Verfügung zu stellen, um so geringer werden die Erfolge in der Vermittlung von Militärkräften. Vollständige Beschäftigung haben zur Zeit noch die beste Aussicht auf Beschäftigung.

In der französischen Zone werden seit Kriegsende rund tausend Binnen-schiffe gebergt und zum größten Teil wieder flott gemacht.

Auf der zweiten Verhandlungstagung der Pfälzischen Glasindustrie wurde die wirtschaftliche Lage dieser Handwerkszweige auf Grund der umfangreichen Auftragslage bei annehmbar Preisen als gut bezeichnet. Die Materialversorgung sei mit Ausnahme des Bauglases zufriedenstellend.

Bei der Althausen Waggonfabrik Deutschland, Gebr. Gassel GmbH in Mainz-Mombach, sind für das kommende Jahr 2000 neue Güterwagen von der deutschen Eisenbahn in Auftrag gegeben worden. Das Werk beschäftigt 420 Arbeiter.

Bei der Kogonswerk in Krefeldbrunn am Niederrhein, die zur Zeit gut beschäftigt ist und auf der vor kurzem ein Fahrzeugwerk für die Stadt Konstanz von Siegel geordert ist, haben sich in letzter Zeit auch Aufträge von der Schweiz gemeldet. Bisher konnten jedoch schwedische Aufträge nicht angenommen werden, da die hierfür erforderlichen Genehmigungen noch nicht vorhanden sind. Größere Aufträge liegen für die Maschinenschiffahrt vor.

Die Stahlberger Messingwerke konnten ihre Produktion im 2. Vierteljahr 1948 bei Rückgang der Febleistungen und Steigerung der Einzelleistungen gegenüber dem 1. Vierteljahr verdoppeln. Die Nachfrage nach Messingblechprodukten aus dem benachbarten Ausland, besonders aus Holland, ist sehr groß. Die Preise im Auslandsgeschäft liegen über den Inlandspreisen. Größere Exportgeschäfte wurden zwar abgeschlossen, die Genehmigung steht jedoch noch aus.

In der Maxhütte bei Untervellern wurde jetzt ein dritter Tiefbohr in Betrieb genommen. Ein vierter Bohrer, der bis spätestens Mitte Dezember fertiggestellt sein soll, wird gegenwärtig hochgezogen.

Der Auslandsabsatz der Aachener Nadelindustrie beträgt gegenwärtig rund ein Drittel der Erzeugung, gegen-

über 60 bis 70% bei normaler Friedensproduktion. Auch nach der Währungsreform ist die Nachfrage reger, sie kann immer noch nicht befriedigt werden.

Die Aachener Kautschukindustrie konnte ihre arbeitstätige Produktion von Ende Juli bis Ende September um rund 1000 kg steigern. Im September betonte sich auch die Rohstoffversorgung. Während in der Preisgestaltung der Fertigprodukte nach der Geldreform keine Änderung eintrat, war beim Bezug der Roh- und Hilfsstoffe nach Fortfall der Devisenbeschränkungen eine starke Aufwärtsentwicklung der Preise zu verzeichnen.

Die Hamburger Reederlei Robert M. Siman soll in der nächsten Zeit in den regelmäßigen Liniendienst vom Mittelmeer nach den deutschen Häfen eingeschaltet werden. Der Liniendienst wurde bisher von der General Steam Navigation Company Ltd., London, der Curia Line Ltd., Edinburgh, und der Killeman's Wilton Line, Ltd., Hull, unterhalten. Siman wird den britischen Besetzung seine Agenturen im Mittelmeer zur Verfügung stellen und die Abfertigung der britischen Schiffe in den deutschen Häfen übernehmen. Die Häufigkeit der Abfahrten soll sich nach dem deutschen Warenverkehr mit den Mittelmeerländern richten.

Ein Teil der Riedlungen von Wackerdorf muß nach Mitteilung des hiesigen Wirtschaftsministers abgebrochen werden, um das darunterliegende Braunkohlevorkommen von etwa 15 Mill. t zu erschließen. Die Kosten für den Abbau werden mit 3 bis 5 Mill. DM veranschlagt. Das Kraftwerk Schwandorf kann von dem neuen Kohlevorkommen 30 Jahre lang mit Braunkohle versorgt werden.

Die landwirtschaftlichen Brenneren Bayerns dürfen seit dem 1. November drei dreimonatlicher Unterbrechung wieder Kartoffeln zu Schnaps brennen.

Die Erzeugung von Flachglas in Bayern, die im Jahre 1938 im Monatsdurchschnitt rund 37000 qm betrug, erreichte im August dieses Jahres 100% der Stände von 1938 und stieg im September auf 105%. Für das Jahr 1948 ergab sich ein Index von 124%. Der wichtigste Artikel des Flachglases, das Tafelglas, hat im September mit einer Jahresproduktion von 240.000 qm den höchsten Stand seit 1945 erreicht, das ist das 17fache der Erzeugung des Jahres 1938.

Eine Tauschfrist für Arznei-mittelbestände, die von den einzelnen Apotheken oder Arzntreibetrieben nicht mehr zum normalen Preis verkauft werden können, wurde in Fürtth organisiert. Die Apotheken hatten nach der Währungsreform zum Teil sehr große Arzneilager, die sie jetzt über den

Ab 1. November hat die Hauptverwaltung Finanzen der Sowjetunion die Zahlung von Hypothekenschulden und Zinsen aus der Sowjetzone an in den Westzonen oder in den Westzonen hergestellten Wohnflächen Gläubiger unterlag. Sämtliche Tilgungs- und Zinszahlungen sind ab sofort in höherer Höhe in Ostmark auf Sparkonten bei den Landeskreditbanken in der Ostzone einzubringen.

Durch eine neue Preisordnung der deutschen Wirtschaftskommission wird die Gewährung von sogenannten Funktionsprämien an den Grundbesitzern in der Sowjetzone unterlag. Die Funktionen des Grundbesitzers sind, wie es in

Staatsbewußtsein achten und vor allem, je nicht widersprechen, wenn der nun staatsbewußte Bayer behauptet, daß er „nur“ nachahmt, hat als die andere die Schein zurechnen kann.“ Sollte der Norddeutsche dies nicht ganz begründen, so ist es besser zu schweigen oder das Thema zu wechseln, etwa auf die Besatzungsrechte, dann ist man sich einig.

In letzter Minute gerettet

Das Oia (Office of technical services) hat nach dem Zusammenbruch Deutscherlands alle Originaldokumente deutscher wissenschaftlicher Untersuchungen und industrieller Verfahren gesammelt und in Kisten verpackt in die USA bringen lassen, wo das Material wissenschaftlich ausgewertet werden sollte. Außerdem wurden etwa 5 Mill. Mikrofilm-Aufnahmen in die USA geschafft, von denen bisher erst knapp 1 Mill. der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnten. Die Kisten mit dem wertvollen Originalmaterial wurden vorläufig in einem Warenhaus abgestellt — und gerieten dann in Vergessenheit. Da das Warenhaus jetzt geräumt werden mußte, stieß man auch auf diese verstaubten 2000 Kisten, deren Inhalt nun als Altpapier verkauft werden sollte. Erst im letzten Moment erinnerte man sich, wie „Wallstreet Journal“ zu berichten weiß, an deren wertvollen Inhalt und das kostbare Material konnte in letzter Minute sichergestellt und vor der Zerstörung gerettet werden.

Es handelt sich bei diesen Dokumenten um Unterlagen von einmaligen, unschätzbarem Wert, die nach dem genannten amerikanischen Blatt eine wahre Fundgrube von Informationen für die Industrie und die militärische Forschung darstellen. Sie enthalten

Der Güterumschlag in den Dürelder Häfen belief sich im Oktober auf 11.500 t gegenüber 20.121 t im September. Im Hafenverkehr wurden insgesamt 68.131 t gegenüber 71.802 t im September abgefertigt.

Die Druckwalzenfabrik in Einbeck hat aus Danemark einen größeren Auftrag zur Herstellung von Druckwalzen erhalten, die nach der Geldreform entlassen. Formateher konnten wieder eingestellt werden.

Die Falkensteinler Gardinenweberei und -bleicherei A.G. in Neud am Rhein konnte ihren Geschäftsbetrieb nach nicht wieder aufnehmen, wie die Verwaltung mitteilt. Die Gesellschaft verlor ihren Sitz vor einiger Zeit von Plauen im Vogtland nach Neud, es durch die Enteignung der Betriebsanlagen die Erzeugungszentrale verloren ging.

Einen neuen feuerfesten Stein wandten erstmalig die Vereinigten Glaswerke in Aachen an. Dieser Cobalt-Stein der Mannheimer Firma Cobart-GmbH, kann ohne Hitzegrad von 1300 Grad Celsius bei mehreren ununterbrochenen Wasserreisen des flüssigen Glases aushalten. Bisher mußten die Steine nach jeder Wasserreise ausgewechselt werden.

Die international bekannte, 1873 gegründete Rühof-Werke in Meina-Kastel, hat in der Zeit von Juni 1948 bis zum 1. Oktober 1948 140 Schiffen, darunter zwanzig große Rad-schlepper, mit insgesamt 24.000 Lader-tonnen und 25.700 PS repariert. Die Werk beschäftigt zur Zeit 200 Arbeiter und Angestellte. Es mangelt ihr noch an Facharbeitern.

Das vor zwei Jahren in Schwaanstein bei Hof gegründete Unternehmen „GIO“, „Chemische Industrie Oberfranken GmbH“, stellt hochwertige Wachs- und Reinigungsmittel und chemische Produkte her. Das Werk, das bereits mehrere Exportaufträge abschließen konnte, erlitt durch die Währungs-umstellung keinen Schaden. Die Firma hat eine Anzahl neuer Produkte und verbesserte Verfahren zur Herstellung von Zellulose und Kunststoffen in Vorbereitung.

Ostzone

der Anordnung heißt, auf einer normalen Handelsbasis zu betreiben.

Die Preise der „Freien Länder“, die Mitte November in der Ostzone eröffnet werden, sollen nur wenig unter den Schwarzmarktpreisen liegen, wie von ständiger Stelle mitgeteilt wird. Ein Kilogramm Weizenkörner soll 25 D-Mark-Ost, ein Kuchenteig von 1000 Gramm 12 D-Mark-Ost und ein Kuchenteig von 500 Gramm 10 D-Mark-Ost kosten. Stoffe werden je nach Qualität zwischen 4 und 10 D-Mark-Ost je Meter differieren.

Für das Zurichten und Färben von Fellern sind für die Ostzone einheitliche Höchstpreise festgesetzt worden.

Die Ergebnisse der deutschen Forschung in der chemischen Industrie, besonders über synthetische Produktion, so über Fettsäuren, über synthetisches Kautschuk, über Ersatzmittel für Moppium, über Adrenalin-Derivate zur Bekämpfung von Asthma und Brochitis usw. 35 Kisten, sämtlich Material über Dieselmotoren und Flugzeugen, übernahm die Universität von North-Carolina.

Dieses Material stellt die wertvollste Beute dar, die nach dem deutschen Zusammenbruch in die Hände des Siegers gelangte und wird von den Amerikanern selbst auf viele hundert Millionen geschätzt. Es allein dadurch erspart werden könnten, daß sich langwierige und kostspielige Vorversuche erübrigen, deren Resultate bereits in dem vorgeführten Material festliegen und auf denen nun weitergearbeitet werden kann. Nicht mit Unrecht weisen auch die Russen, die selbst das größte Interesse an diesem Material haben, das ihnen gegen ein entsprechendes Entgelt zugänglich ist, auf diesen Umstand hin, wenn man ihnen ihre großen Entnahmen für Reparationen vorwirft. Es wäre auch gewiß nur recht und billig, wenn man dieses seltene Material bei der Generalabrechnung auf die deutschen Reparationen anrechnen würde.

US-Vorschläge für Weltprosperität

Von Zeit zu Zeit äußern mehr oder minder prominente Amerikaner, daß es für die USA nötig sei, nicht nur zu exportieren, sondern auch zu importieren, um gut leben zu können. Die USA müßten auf dem Gebiete der Zölle, Kontingente, Einfuhrbeschränkungen die Initiative ergreifen und die künstlichen Schutzranken wegräumen. So hat noch vor kurzem der EKP-Verweiser erklärt, daß die USA der Welt begrifflich machen

Danach darf zum Beispiel für das Zurichten eines Kaminofens höchstens 0,80 Ostmark berechnet werden.

Die Eisenbahn der sowjetischen Zone darf nach einer Änderung der Hauptverwaltung Verkehr der Deutschen Wirtschaftskommission, Sendungen mit bewirtschafteten Waren nur noch aufnehmen, wenn eine Bescheinigung der zuständigen Bewirtschaftungsstelle vorliegt wird.

Die Biersteuer aus dem im Ostsektor gebrauten Bier fließt seit kurzem dem Etat des Landes Brandenburg zu. Damit geben der Stadt Berlin monatlich etwa 3 Mill. Mark verloren. Die neue Maßnahme wird von sowjetischer Seite damit begründet, daß die zur Herstellung des Bieres erforderlichen Rohstoffe aus der Sowjetzone stammen.

Die Steuer für Zündhölzer ist in der Ostzone auf Anordnung der DWK auf 35 Pfennig für hundert Zündhölzer erhöht worden.

1025 t polnische Steinkohle trafen in den letzten Tagen in Frankfurt an der Oder ein. Die Kohle wurde an Verzeugsbetriebe verschiedener Großstädte der Sowjetzone weitergeleitet.

Die Bauarbeiten in der volkswirtschaftlichen Vereinigten Glaswerke in Aachen an dieser Cobalt-Stein der Mannheimer Firma Cobart-GmbH, kann ohne Hitzegrad von 1300 Grad Celsius bei mehreren ununterbrochenen Wasserreisen des flüssigen Glases aushalten. Bisher mußten die Steine nach jeder Wasserreise ausgewechselt werden.

Die Erzeugung der keramischen Industrie des Landes Brandenburg belief sich im ersten Halbjahr 1948 auf 2470 t gegenüber 2000 t im ganzen Jahr 1947. Die Produktion von Oberkacheln stand an erster Stelle. Die Erzeugung von Haushaltskeramik soll durch Inbetriebnahme einer weiteren Produktionsstätte mit einer monatlichen Kapazität von 50 t gesteigert werden.

Die Produktion der Glasindustrie des Landes Brandenburg soll 1948 auf 22.100 t und 1950 auf 25.000 t gesteigert werden gegenüber 21.000 t 1947.

Die Produktion der Jenauer Glasfabrik Schott und Genossen geht auf dem Übergang über den Hauptabnehmer, Carl Zeiss, Jena, größenteils in die Hand der Besatzungsmächte. Das Werk produziert seit der Demontage optisches Glas, Prisms, Schichten, Farb- und Platten-glas. Von dem bestimmten Haushaltsglas werden nur Haushaltsfenster hergestellt. Etwas Bedeutung gewann die Fertigung von Platten-Fensterglas. Durch die westliche Gegenbeihilfe können Spezialunterschiede für die Produktion von optischem Rohglas nicht mehr beschafft werden.

Die Jahresproduktion 1948 der Glasindustrie Torgau, die der große Fernergeschäftszentrum der Sowjetzone ist, wird 14 Mill. Quadratmeter Fensterglas betragen gegenüber 2.250 Mill. im Vorjahr. Beschäftigt werden gegenwärtig etwa 900 Arbeiter.

Die Kapazität der Dachpappenindustrie Mecklenburg, die 7,5 Mill. Quadratmeter jährlich beträgt, kann in Folge Rohstoffverzögerungen nur zu 70% ausgenutzt werden. Von den 2 Dachpappenbetriebs Mecklenburg sind 3 volkseigene Betriebe.

müssen, daß die Amerikaner bereit seien, bei einem zu kaufen, wie die ändern in den USA kaufen können.

Was von Seiten der USA auf diesem Gebiete bisher geschrieben ist, ist jedoch reichlich wenig. Deshalb sind wir etwas skeptisch gegenüber den Erklärungen des Handelsministers Sawyer und des Präsidenten der Weltbank McCloy, daß die Einfuhren in die Vereinigten Staaten im Interesse einer Prosperität in der USA und der Welt beträchtlich gesteigert werden müssen. Beide äußerten die Befürchtung, daß der gegenwärtige große Aufschwungsbereich der USA nicht aufrechterhalten werden könne, wenn die bisherige Handelspolitik der Länder nicht geändert werde. Handelsminister Sawyer betonte, daß zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Warenexporte auf einer Höhe von 15 Mrd. Dollar nach Beendigung der Marshall-Plan-Lieferungen eine Einfuhr von mindestens 10 Mrd. Dollar erforderlich sei. Man müsse zu diesem Zwecke eine größere Verantwortung zur Steigerung der Einfuhren in die USA übernehmen. Ferner müßten Auslandsreisen erleichtert werden und amerikanische Geschäftleute ausländische Erzeuger über die Möglichkeiten des Verkaufs ihrer Waren in den USA beraten. Nicht zuletzt müßte man sich für die Erleichterung und Verbesserung natürlicher Rohstoffquellen im Ausland interessieren.

Die Vorschläge des Innenbüros für die amerikanische Handelspolitik zuständigen Monnes sind alle nicht neu. Weil sie immer nur „unterbreitet“ und nicht realisiert werden, bleiben sie aber weiter Vorschläge. Dieses vor allem, wie uns scheint, weil sich niemand bereit findet, die größere Verantwortung für die Steigerung der Einfuhren in die USA zu übernehmen.



Ausland in Kürze

Die Dänischen Staatsbahn haben sich mit einem Defizit von 23 Mill. Kronen in diesem Jahre. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr gehen ständig zurück und sind 10% niedriger als im Vorjahr. Eine Rationalisierung wird vorbereitet.

Nach einem zwischen Dänemark und Spanien unterzeichneten Abkommen wird Dänemark für 8 bis 9 Mill. Kr. Kartoffeln nach Spanien liefern. Als Gegenleistung kommen Äpfel, Tomaten, getrocknete Früchte und Zitrusen in Frage.

Dänemark, Grönland und die Färöer bilden seit Mittwoch ein Währungsgebiet. Damit lösen die Färöer ab, vom Sterlinggebiet zu gehen. Gleichzeitig wurde in Kopenhagen eine Regelung getroffen, die den Färöer-Inseln das Verfügungsrecht über die Devisen abnimmt, die sie selber verdienen. Die sonstige Zuteilung von Devisen an die Färöer erfolgt durch die Dänische Nationalbank, die auch besondere Färöer-Geldscheine im gleichen Wert wie die Dänischen Kronen ausgeben wird.

Außer 1000 t Reis will Schweden aus Italien bei Weltmarkt noch 25 000 t Äpfel, 1000 t Birnen einführen.

Nach einer Verlautbarung des finnischen Finanzministeriums ist die Annahmefrist für Forderungen auf sogenannte deutsches Eigentum in Finnland, das an Rußland übergeben wurde, verlängert worden. Der letzte Anmeldetermin für in Finnland ansässige Personen ist nunmehr der 31. Januar 1949.

Italien will seine Handelsflotte durch Bergung von 47 während des Krieges versenkten italienischen Schiffen um 200 000 t vergrößern. Die Kosten werden auf etwa 15 Mill. Lit. veranschlagt.

Das dänisch-italienische Waren-Austausch-Abkommen in Höhe von 20 Mrd. Lire (140 Mill. US-Dollars) wird in Rom unterzeichnet.

Das italienische Tabakkonzept erfüllt mit zehn Dekretionen die Produktion von etwa tausend privaten Anbaubetrieben und 12 eigenen Anbau- und Erzeugerbetrieben. Sie umfaßt 1000 t Tabak, 2000 t Zigaretten, 4000 Zigaretten, 4000 Einzelzigaretten und 20 Kordons.

Italien führt in den ersten 7 Monaten dieses Jahres für 479 Mrd. Lire Waren ein. Die Ausfuhr betrug 276 Mrd. Lire, so daß sich ein Fehlbetrag von 203 Mrd. Lire ergab.

Verschiedene neue Kraftwerke werden gegenwärtig im Bau gebaut; u. a. soll bei Ottensheim ein modernes hydroelektrisches Kraftwerk mit 140 000 kWh entstehen. Das Material wird zum größten Teil aus den USA und Kanada geliefert.

Über 10 000 ha bisher nicht bearbeitetes Land an der Donau und der Theiss sollen in ein Reisbaugebiet umgewandelt werden. Die Bewässerung des Gebietes soll durch das Kanalsystem, das im Rahmen des Flutbekämpfungswerkes angelegt wird, erledigt werden.

Die Zahl der tschechoslowakischen Staatsangehörigen soll um 100 000 vermindert werden, um die Staatsausgaben zu verringern und gleichzeitig neue Arbeitskräfte für die Wirtschaft frei zu bekommen. Gegenwärtig befinden sich 804 000 Personen im Staats- und Gemeindefonds, das sind 127 000 mehr als 1933.

In den ersten 10 Monaten 1948 betrug die tschechoslowakische Einfuhr 3,38 Mrd. Kronen, während sich die Ausfuhr auf 20,21 Mrd. Kronen belief. Im Oktober war die Ausfuhr mit 2,5 Mrd. Kronen um 1,38 Mrd. Kronen höher als die Einfuhr.

Die freundschaftlichen Beziehungen, die seit zwei Jahren zwischen den USA und Argentinien bestanden, mußten einer erneuten Spannung weichen. Wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, ist es den USA in Grunde ganz gleichgültig, welche Ideologie die Welt beherrschen, wenn diese Welt sich nur der amerikanischen Wirtschaftspolitik ergibt. Das heißt der Grund ist, warum es den USA wenig um den argentinischen Staat geht, als vielmehr um seine wirtschaftlichen Machtverhältnisse ein Kader zu setzen. Das zeigt sich in der Weltmarktspolitik von Harinas, die sich gegen jede protektionistische Wirtschaftspolitik ausspricht, und gegen die sich nicht nur Argentinien, sondern auch die übrigen südamerikanischen Länder widersetzen. Argentinien weist darauf hin, daß es in die jetzt verpönte protektionistische Wirtschaftspolitik war, die den großen Industriemächten der Welt während den letzten Jahrzehnten ihre Entfaltung ermöglichte und daß nun, da die Industrie noch unentwickelten Ländern zu ähnlichen Maßnahmen gezwungen sind, gerade diese Mächte kein Verständnis dafür aufbringen.

Die argentinische Wirtschaft leidet gewissermaßen an der Weltmarkt-„Devisenknappheit“. Die Goldreserven, die sich Anfang 1947 noch auf 1700 Mill. Pesos beliefen, schmolzen bis August 4. J. auf 600 Mill. zusammen, dessen Schmelzen an amerikanische Exporteure und Banken in Höhe von 1200 Mill. Pesos argentinischen. An diesem Geldverlust muß neben dem Anstieg der im britischen Besitz befindlichen Eisenbahnen hauptsächlich die großzügigen Einfuhren aus den USA schuld. Während der ersten drei Monate d. J. betrug das Defizit gegenüber den USA 640 Mill. Pesos gegen nur 240 Mill. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Der größte Teil dieser Einfuhren entfiel nicht auf Konsum-, sondern auf Produktionsgüter und Rohstoffe, die für den ohnehinigen fünfjährigen Planungsbedarf benötigt werden. Denn wenn Argentinien auch seine gegenwärtige Staatskapazität z. B. um 300% vergrößert, so wird es doch, wenigstens nach Ansicht amerikanischer Fachleute, von seinem ungeheuren Bedarf an Rohstoffen nur 25% selbst decken können.

Wegen der Aussicht auf umfangreiche Lebensmittellieferungen für das ERP waren die Einfuhren für die Industrie nicht unbedingt übertrieben. Die USA hatten Einkäufe in Höhe von einer bis 1 1/2 Mrd. Dollar versprochen, wenn bis jetzt allerdings nur eine Lieferung an die Doppelzelle im Wert von 200 000 Dollar verwirklicht wurde. Umfangreiche Einkäufe scheinen die Amerikaner nunmehr von der Erfüllung mehrerer Bedingungen abhängig zu machen. Einmal muß Argentinien seine Preise, die weit über dem Weltmarktniveau liegen, diesen anpassen, seine Schulden an Amerika in Höhe von etwa 200 Millionen US-Dollars zurückzahlen und sich für die Erfüllung der amerikanischen Forderungen in Argentinien einsetzen. Dazu kommt die herbe Kritik der Amerikaner an der IAPI Initiative Argentinien die Produktion des Interkontinentals, dem Außenhandelsmonopol der argentinischen Regierung, einmal aus prinzipiellen Gründen, zum anderen, weil sie die Maßnahmen der IAPI für die künstlich hohen Preise Ar-

Peron paßt sich an

zentiniens verantwortlich machen, wodurch diese in den zwei Jahren ihres Bestehens einen Reingewinn von 1,2 Mrd. Pesos erzielt haben soll.

Der Außenhandelsrat der USA betonte sich eingehend mit der argentinischen Devisenlage und schlug der argentinischen Regierung vor, dieses staatliche Außenhandelsmonopol wieder aufzugeben und zu den alten privatwirtschaftlichen Methoden zurückzukehren. Zweites wäre dann zu erwarten, daß private argentinische Exportfirmen schon dafür sorgen würden, zusätzlich Waren in den USA abzusetzen. Jedoch auch für Europa könnte eine solche Umstellung von Vorteil sein. Da Argentinien auf alle Fälle in der nächsten Zeit seine Einfuhr aus den USA vermindern muß, wäre es sehr gut denkbar, daß ein Teil seines industriellen Investitionsbedarfes in Europa deckt und dies würde um so leichter sein, je mehr private Importfirmen sich für diese Einfuhren interessieren können. Da Argentinien mit den meisten europäischen Ländern, nicht zu ihrem eigenen Außenhandels-Nutzen kommen könnte, wäre damit beiden gedient: Argentinien und dem exportierenden und importierenden Europa, zumal den Ländern, die durch den Krieg schwer gelitten haben.

Da auch liberale argentinische Kreise seit langem den Verdacht hatten, daß die Gewinne des Unternehmens nicht im Interesse der Wirtschaft verwendet werden und KAPSA strikt sah sich Präsident Peron veranlaßt, zum erstmaligen Bericht der Organisation im Mai 1948 die wichtigsten Angaben über die Zahlungsmittel zu veröffentlichen. Danach soll Peron, daß IAPI nicht nur eine Handelsgesellschaft, sondern auch ein Teil der Finanzmaschine der argentinischen Regierung ist, was gleichbedeutend bedeutet, daß man mit einer Auflösung der Organisation in absehbarer Zeit nicht rechnen darf. Im Gegenteil, der Plan, die liberale Verfassung von 1953 zu reformieren und die öffentlichen Betriebe der Peronisten, die das liberale Argentinien vertreten, bei der Wahlkampagne für die Verfassungsgebende Versammlung, einschließlich den innenpolitischen Fort-

setzung erlassen, wogoch alle Importeure vor Abschluß jedes Einfuhrgeschäftes eine Devisenzusage einbringen müssen. Die bisher automatisch erlassene Genehmigung für bestimmte Waren aus gewissen Ländern, zu denen alle europäischen (mit der Schweiz war bis vor kurzem ausgeschlossen) zählen, wurde damit hinfällig, was eine starke Beeinträchtigung der Ausfuhr Europas bedeutet.

Wie groß trotz dieser Importbeschränkungen und der Aufhebung des Finanztransfers nach Hartwährungsändern die Devisenarmut ist, kommt in der jüngsten Regierungserklärung zum Ausdruck, nach der zur Einparung einiger Mill. Pesos sich der letzte Rest von Finanztransfersmöglichkeit, nämlich für Familienunterstützung und zu Heizenwecken aufgeben wird.

Trübsale
Die großen Trübsale, die Argentinien in den Händen Weihen, sind sein Fleisch und die Rinde, mit denen es versuchen will, so viel wie nur möglich aus dem Geschäft mit Europa herauszuschlagen, und wenn nicht Dollars, so doch der eben so begehrten europäischen Produkte zu erhalten. Von entscheidender Bedeutung wird hier der britische Fleischbedarf für 1948 sein, der gegenwärtig Gegenstand britisch-argentinischer Handelsverhandlungen ist.

Die Hoffnung, von der Not der Welt weiterhin zu profitieren, schwindet, als die ersten Schätzungen über die Rekordhöhe der diesjährigen Weltweizenpreise veröffentlicht wurden. Bei der Höhe der argentinischen Preise gerade für Agrarprodukte war es sehr gut möglich, daß die Argentinier auf ihren gewählten Vorräten sitzen bleiben. Doch scheinen nunmehr auch sie zu erkennen, daß es einträglich ist, durch Herabsetzung der Preise wenigstens etwas zu bekommen, als durch zu hohe Preise den Markt an Konkurrenten zu verlieren, und letztes Marshall-Hilfs-Geldstück zu kurz zu kommen. Argentinien hat den USA ein Angebot unterbreitet, den wechselseitigen Warenverkehr in Form eines Tauschgeschäftes durchzuführen. Die für die Ausfuhr in die USA vorgesehenen Waren sollen zu

US-Preisen unter der Voraussetzung angeboten werden, daß dafür Gegenleistungen von solchen Gütern erfolgen, die Argentinien notwendig getrauscht und zwar auf Gerdessen Preisen.

Man lenkt ein
Die unerwartete Herabsetzung der Ausfuhrpreise für Futtermittel letzte diese Wendung in Argentinien. Die Weizenpreise folgten und zwar von 60 auf 27,50 Pesos pro dt.

Diese Maßnahmen und die Reise des argentinischen Außenministers Dr. Bramuglia zur Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris hat die Hoffnungen verschiedener europäischer Länder, für die Argentinien einen geringeren Absatzmarkt darstellte, auf engere Handelsbeziehungen zu diesem Land verstärkt. Die Außenminister von Großbritannien und Italien wurden zu Besprechungen eingeladen. Spanien, Portugal und die Schweiz erwarteten den Besuch einer argentinischen Delegation, Frankreich wüßte verschiedene Rohstoffe und Nahrungsmittel wie Mais und Getreide, in Argentinien gegen ERP-Dollars einzukaufen. Bei einer derartigen Einschaltung in die Einkäufe aus dem Dollarstrom des ERP könnte Argentinien das große Defizit aus dem Warenverkehr mit den USA — das schwierigste Problem seines Außenhandels — verkleinern.

Dr. Bramuglia wird in Paris auch mit Vertretern der Besatzungsmächte über seine baldige Wiederaufnahme des Warenverkehrs Deutschland-Argentinien Besprechungen führen. Wie er erklärte, besteht auch heute noch in Argentinien ein großes Interesse für deutsche Waren.

Verhandlungen mit Belgien
Eine interessante Reaktion auf den amerikanischen Druck war die Aufnahme zugezogener Handelsbeziehungen mit Ost- und Westeuropa. Die handelspolitische Annäherung an die Sowjetunion. Mit der Teuerheitswelle und Polen ist man bestrebt zu größeren Handelskontakten gelangt. Während Argentinien bisher jährlich 2,5 Mill. t Kohle aus den USA, Großbritannien, Kanada und Südafrika be-

zogen, erklärte sich Polen nunmehr bereit, den gesamten argentinischen Kohlenbedarf zu decken, wobei die einzige Schwierigkeit in der Beförderung liegt. Im Warenverkehr gegen argentinische Agrarprodukte will Polen auch Textilien, Maschinen und Eisenbahnwagen liefern. Da die Dollarverteilung hierbei keine Rolle spielen will, wird Argentinien Außenhandel eine beträchtliche Beibehaltung erfahren.

Kreditrestriktionen
Auch die innere argentinische Wirtschaftslage ist durch die großzügige Politik der Nachkriegsjahre in gewisse Schwierigkeiten geraten. Trotz des hohen Außenhandelsdefizits ist das Budget des Staatshaushalts für das Jahr 1948 doppelt so hoch, wie das vom Jahre 1947, wobei die Rüstung und der fünf-jährigen den größten Teil in Anspruch nehmen. Während den letzten 12 Monaten sind die Einzahlungsleistungen um mehr als 20% angestiegen, wogegen die Löhne mit dieser Entwicklung bei weitem nicht Schritt halten konnten. Erwerbslosigkeit ist die Vermehrung des Notstands. Ende 1948 betrug die Rüstung und Ende 1948 1800 Mill. Pesos betrug, auf 200 Mill. Ende August 1948 und gegenwärtig 1,5 Mrd. Pesos. Einmalig kündigte nun die argentinische Regierung Maßnahmen gegen die Inflation an, die unter anderem in einer Abschaffung aller „spekulativen“ Kredite durch Kreditrestriktionen einer Erhöhung des Reduktionszinses und einer Verminderung der Reduktionsmittel der Zentralbank um 1% monatlich besteht. Man erhofft davon für die nächsten 12 Monate einen Rückgang im Notenlauf um 17%.

Die Hauptbedeutung der neuen Maßnahmen ist darin zu sehen, daß überhaupt erstmals der Geldmarkt und die kreditpolitischen Mittel der Zentralbank in die Bekämpfung der Inflation eingesetzt werden, was bisher nur durch den Druck der Weltmarkt war. Präsident Peron erklärte kürzlich in einem Interview, daß Argentinien finanziell und wirtschaftlich noch nie so gut dastünde hätte wie jetzt. Wenn diese Behauptung auch stark an die selbstsicheren Erklärungen anderer autoritärer Staatsführer erinnert, so besteht auf alle Fälle die berechtigte Hoffnung, daß Argentinien bei Beibehaltung des seit kurzem eingeschlagenen Kurses die gegenwärtige Krise über kurz oder lang überwinden wird.

Weltmeinung

Der verfassungsfeindliche Staat

Schweizer Industrieblatt

Nicht allein in Deutschland müssen wir über Rechtsunsicherheiten klagen. Die Intransparenz des Staates bewegt die Bürger aller Länder, selbst in der als Musterbeispiel demokratischer Freiheit geltenden Schweiz beklagt man sich, daß die in die Lebensverhältnisse der Einzelnen einschneidende staatliche Verfügungen erlassen werden, die der verfassungsmäßigen Grundlage entbehren. Die Zeitschrift „Schweizer Industrie“ schreibt unter der Überschrift „Die Bedrohung des Rechtsstaats“ u. a. folgendes:

Immer wieder und von Angehörigen der verschiedensten Berufsgruppen kann man die Forderung hören, daß die Verfassung nicht bloß gefeiert, sondern auch gehalten werden müsse, und weitgehend ist die Befürchtung aus der Fortführung der verfassungswidrigen Verwaltungspraxis würde sich früher oder später ein Regime entwickeln, unter dem sich die heute noch stehenden respektierten Volks- und Bürgerrechte nur auf dem Papier mühen.

Seit der Wirtschaftskrise der Dreißigerjahre, vor allem aber seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat die Achtung vor der Verfassung in Exekutive und Legislative in bedenklichem Maße abgenommen. Die Dringlichkeitsklausel und Kriegsvollmachten müßten in ungenügenden Fällen dazu herhalten, das Volk von der Mißwirtschaft an der Gesetzgebung abzuhalten. Verfassung und Gesetz wurden oft in willkürlicher Weise ausgelegt und ohne Rücksicht auf die Befürchtungen der Betroffenen über die Grundzüge der Gewaltenteilung, über das Prinzip der Rechtsgleichheit und über die Anwesenheit der Kompetenzen von Bund und Kantonen hinweggesehen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht der fundamentalen Bürgerrechte, ist immer noch suspendiert, obwohl die Gründe, welche diese Maßnahmen anlässlich verdrängten, längst dahingefahren sind.

„Eine lange Kette von Einzelmaßnahmen der Verwaltung weist auf einen bedenklichen Zerfall des Verfassungsgebens hin. Vor allem steht sich die Schweizerische Wirtschaft durch eine unzulässig staatliche und über die Anwesenheit der Kompetenzen von Bund und Kantonen hinweggesehen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht der fundamentalen Bürgerrechte, ist immer noch suspendiert, obwohl die Gründe, welche diese Maßnahmen anlässlich verdrängten, längst dahingefahren sind.“

Der Mißbrauch des Vollmachten- und Dringlichkeitsrechts geht nicht nur zu den wichtigsten Ursachen des herrschenden Malaise, sondern auch in wachsendem Maße auch die Rechtsunsicherheit der Bevölkerung ungenügend zu berücksichtigen. Wenn sich nämlich der Staat über Verfassung und Recht hinwegsetzt, läßt es sich auf die Dauer nicht vermeiden, daß dieser schlechte Beispiel nachzuehmen wird. Einmal mehr muß als Folge einer solchen Politik die Ehrfurcht vor dem Rechte schwinden. Die Verfassungsgebungen durch die Sprüche des Bundes und die lokalen Repräsentanten des Volkes erzeugen eine bedenkliche Rechtsunsicherheit und schüren das Mißtrauen gegen die Behörden. Sie unterbinden den Rechtsstaat und müssen schließlich dazu führen,

daß vielfach die Gesetzgeber nicht mehr aus innerer Überzeugung, sondern bloß noch aus Furcht vor der Strafe befolgt werden.

Die Weltwoche

In einem Aufsatz „Kann England durchhalten“ unterzieht die „Weltwoche“ an England bei der rückwärtigen Ausrichtung seiner Industrie der wiederholenden Gefahr droht, und daß die Konkurrenz aus Japan und der nicht allernächsten Arbeitsmarkt der unbedingt notwendigen Ausgleich seiner Handelsbilanz gelingen wird. Es wird unter anderem angeführt:

„Da der englische Arbeiter früher billig war, da er aus Sicherheitsgründen eine künstliche Existenz der Mechanisierung vorzog, verdrängte er die konservative Tendenz in der industriellen Entwicklung. Der amerikanische Arbeiter mit seinen hohen Löhnen hat ungeachtet der Unternehmungen zu einem hohen Grad an Mechanisierung als Sparsaßnahme gezwungen und damit mit der höheren Ertragsfähigkeit sein eigenes hohes Lohnniveau gesichert. Heute will auch der englische Arbeiter seinen Platz an der Sonne aber nicht so durch eine gesteigerte Produktion auf dem einzig möglichen gesunden Weg zu erreichen, hat er es in dem klassischen Sinne des Lohnkampfes, womit er nur mit der Konkurrenzfähigkeit seiner Firma wiederum sich selber gefährdet.“

Vorläufig freilich hat England noch nicht eine unmittelbare Gefahr zu befürchten. Es ist im 18. Jahrhundert vor allem dadurch zur industriellen Weltmacht aufgestiegen, weil es sich nicht von einem armen Boden zu ernähren vermochte und daher gezwungen war, Märkte zu suchen, wo es gegen seine Fabrikate den eigenen Lebensbedarf einkaufen konnte.

Was wird geschehen, wenn eine Konkurrenz entsteht, welche in einem ähnlichen Sinne aus Armut expandieren läßt? Englische Beobachter in den USA haben der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß der Inflationsdruck Amerika dazu verleiten könnte, die überflüssigen Dollars in einem Aufbau der deutschen und japanischen Industrie zu investieren; ein Teil ist diese Erwartung bereits im Gange. Wie wird die englische Industrie mit der billigen japanischen Arbeit, wie mit der technischen Virtuosität der Deutschen fertig werden?

Englische Industrielle antworten einem darauf, daß ein Aufbau solcher Konkurrenzindustries noch Jahre dauere, daß die Deutschen vorläufig noch in Dollars bezahlt würden, kurz, daß noch eine Generation vorhanden sei. In England zur Modernisierung der eigenen Anlagen mühen will es nicht lassen. Aber als die knappe Marke von 10% welche Sir Rufford Cripps mit seinem Versicherungsgeld aus der Produktion des „Home market“ gewährt, dies effektiv genug fertigzubringen vermag? Ob die exzessive Besteuerung, die schon eine fühlbare Geldknappheit und damit Absatzstörungen hervorgerufen hat, nicht die Investitionsfähigkeit in der privaten Industrie lähme, liegt nicht fern. Eine Erneuerung am richtigen heißt! All das sind Fragen, von deren Ausgang sehr viel abhängt unter anderem auch eventuelle künftige Nationalisierungspläne. Denn indem der Staat dem privaten Unternehmer die Investitionsmittel wegnimmt, schafft er sich selber die Legitimation, als sozialistischer Deus ex machina in die Lücke zu springen. Ob dann wiederum diese nationalisierte Industrie rationeller zu arbeiten vermag als die private, ist angesichts der vorliegenden Erfahrungen mit dem Mißtrauen und dem Transparenzen gründlich zu bezweifeln.“

Österreichs Metallplan

Rentable Eigenbedarfsdeckung angestrebt

Das Ministerium für Vermögensverwaltung und Wirtschaftsprüfung hat nunmehr auch einen Metallplan fertiggestellt, der der interministeriellen Planungskommission vorgelegt wurde. Die ihn auf seine praktische Durchführbarkeit prüfen läßt, um ihn dann sodann als Grundlage für die erforderlichen Produktionsänderungen zu erklären. Der Metallplan soll die in Österreich gewonnenen Nichtstreu-Metalle in erforderlicher Menge der österreichischen Metallindustrie zur Verfügung stellen, und zwar unter sorgfältiger Beachtung der Rentabilität, d. h. die österreichische Förderung darf sich nicht über die Weltmarktpreise stellen.

Im Bleiberg-Kraushorn-Vorkommen besitzt Österreich ein nicht unbedeutendes Bleibergvorkommen. Die Anlagen wurden vor etwa 15 Jahren modernisiert, so daß ein rentabler Abbau erfolgt. Das Erz ist von bekannter Reinheit und enthält neben 4% Blei etwa die gleiche Menge Zink, außerdem noch geringe Mengen Kadmium und Molybdän. Die jährliche Förderung beträgt derzeit etwa 80 000 bis 90 000 t Erz und soll auf 100 000 t gesteigert werden. Man schätzt, daß bei steigender Förderung dieses Vorkommen etwa die Hälfte des in der Bleiberg- und Kraushorn-Region abgebauten Erz bedecken kann. Der Erz nach einem Erlös von 1, im Gange. Das Erz wird in der ständigen Bleiberg- und Kraushorn-Region verarbeitet. Die angefallenen Einkünfte werden bis auf den Abbau einer Zinkhütte von 100 000 t auf elektrischen Wege Zink gewonnen werden soll. Falls die Bleibergvorkommen in Rand-Graben ebenfalls in dieser Hütte verarbeitet werden könnten — Verhandlungen darüber scheitern bereits — dürfte die geplante Anlage auf breiterer Basis erstellt werden. Man hofft, daß in Bleiberg auch der Bedarf der österreichischen Industrie an Molybdän gedeckt werden kann, nachdem man durch Entwicklung eines neuen Verfahrens die Rentabilität geliebt hat.

Abhängig von der Bleiberg- und Kraushorn-Region ist Österreich in genügender Menge an zwei Vorkommen, so daß einen Deckung des Eigenbedarfes beträchtliche Exporte möglich werden können. Leider verfügt das Land über keine Antimonhütte, jedoch wird in einem neuen Verfahren der Antimonerzeugung gearbeitet. Erst nach einer Beibringung

wird eine Entscheidung über den Bau einer Hütte gefaßt werden können.

Die Kupfervorkommen Österreichs sind gering. Das einzige abbaufähige Vorkommen in Hüttenberg deckt etwa ein Sechstel des Bedarfs. Allerdings ist in der letzten Zeit eine wesentliche Steigerung der Erzförderung zu beobachten. Die Kupferhütte in Berglitz in Tirol kann bei entsprechendem Ausbau genügend leistungsfähig gestaltet werden, um die Hüttenberger Erze zu verarbeiten.

Das österreichische Bauxit kommt bisher nur mit einer Beimengung ausländischer Bauxite zu Tonen, die Ausgangsmaterial für die Aluminiumherstellung, verarbeitet werden. Ein neues Verfahren soll diesem Mangel nun abhelfen. Man kann dann mit einer stärkeren Förderung von Bauxiten im Inland rechnen, so daß der Bedarf Österreichs — etwa 15 000 t jährlich — im Lande selbst gedeckt werden könnte. Allerdings ist diese Lagerstätte nur wenig umfangreich. Zwei große Aluminiumhütten besitzt Österreich, die in Land-Baldern, die dem Schweizer Aluminiumkonzern gehört und von ihm mit Tonen versorgt wird und die Hütte Ranshofen (Oberösterreich). Das Werk Ranshofen, das während des Krieges erlosch, wurde bei einer Kapazität von 80 000 t, kann aber bei weitem nicht ausgenutzt werden. Es war ursprünglich geplant, die Hütte mit Tonen aus Schwabmünchen in Bayern und aus Pyrit, welche ausländische Bauxite verarbeiten, zu betreiben. Nunmehr besteht Ranshofen Tonerde aus Frankreich auf Grund eines Lizenzvertrages.

Der Metallplan sieht sich den Bau zweier Walzwerke — eines für Leicht- und eines für Schwermetalle — vor, mit einem Kostenaufwand von etwa 2,8 Mrd. Dollar und 21,1 Mill. Schilling. Mit der Errichtung einer Zinkhütte mit einer Kapazität von 300 000 t im Jahr würde bereits begonnen, zumindest würde eine Preisseitigung. Die Anlage wird etwa 1 Mill. Dollar und 21 Mill. Schilling kosten. Die Maschinen werden aus den USA importiert.

Der Plan sieht im Endeffekt vor, daß die Metall-Hilfsindustrie soweit ausgebaut wird, daß sie den Bedarf der weiterverarbeitenden Industrie billig zu decken vermag, ohne übermäßige Kapazitäten zu schaffen, die dann letzten Endes brachliegen.



NIMM HEITZEL STAMPFARBE

Adressen-Verlag
GEOR. 1937

KEOP

Bleiberg, Hüttenstraße 353
trägt Adressen-Verzeichnis aller Betriebe und Berufe aus allen Zonen der Erde und Verkehrswege.

Gutgehende Maschinenfabrik

erzeugt ein einziges Schweißgerät leicht- und schwerer Art, das für alle Zwecke bis zu 100 000 Volt geeignet ist. Wer hat Interesse? Ang. u. Nr. 92 an: B. Schwab, Am-Exy, Reichen, P. 111.

Alleinvertretungen

Für Sie und Ausland, in Halle, Metall- und Holzwaren, auch für Ihren Absatz in diesen Ländern. Produkt suchen wir nach Alleinvertretungen, insbesondere für deutsche Zwecke. Es können ebenso Alleinvertretungen für den Bereich Hochbayern in Frage.

Europa-Vertriebsgesellschaft G. m. B. H. & Co. K. G., Postfach 10.

An die **„WIRTSCHAFTSREVUE“** Konstanz, Postfach 238

Bestellschein für einen Probemonat

Liefere Sie mir — und die „WIRTSCHAFTSREVUE“ Ausg. D im Monat November *)

Lfd. n. monatl. Abbestellrecht *)

zum monatlichen Abonnementspreis von **DM 2.30**

L'EKONOME CONTINENTALE (Ausg. F) *) monatlich DM 1.30

(Preis Kurzwahlung)

CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW (Ausg. E) *) monatlich 1.30

(Preis Kurzwahlung)

*) Nichtbestellbar abzugeben!

Name _____ (Drucken)

Ort _____ (Drucken)

Strasse _____ (Drucken)

Stellen-Anzeigen

STELLUNGSBUCHER... ARBEITSMÄNNER... Stellen-Anzeigen...

Verordnungen

Verordnungen... Besondere Anordnungen... Verordnungen...

Gütermarkt

Gütermarkt... Die Warenmärkte... Gütermarkt...

Sofort lieferbar

Sofort lieferbar... Maschinen... Waren... Sofort lieferbar...

GARAGEN

GARAGEN... Garagen... Immobilien... GARAGEN...

Geschäftsmäßige Steuer-Hilfeleistung

Geschäftsmäßige Steuer-Hilfeleistung... Die Finanzämter... Steuer-Hilfeleistung...

Geschäftsmäßige Steuer-Hilfeleistung... Die Finanzämter... Steuer-Hilfeleistung...

Deutsche Gesellschaften

Deutsche Gesellschaften... Die Deutsche... Deutsche Gesellschaften...

Deutsche Gesellschaften... Die Deutsche... Deutsche Gesellschaften...

PERSONALIEN

PERSONALIEN... Landrat... Personalien...

Maschinenmarkt

Maschinenmarkt... Maschinen... Maschinenmarkt...

Kapitalmarkt

Kapitalmarkt... Kapital... Kapitalmarkt...

Immobilien

Immobilien... Immobilien... Immobilien...

Verschiedenes

Verschiedenes... Verschiedenes... Verschiedenes...

Schulte-Eisen

Schulte-Eisen... Schulte-Eisen... Schulte-Eisen...

Deutsche Getriebe-Fabriken

Deutsche Getriebe-Fabriken... Deutsche Getriebe-Fabriken... Deutsche Getriebe-Fabriken...

Altherr Bauwerkstätten

Altherr Bauwerkstätten... Altherr Bauwerkstätten... Altherr Bauwerkstätten...

Wickinger'sche Industrie AG

Wickinger'sche Industrie AG... Wickinger'sche Industrie AG... Wickinger'sche Industrie AG...

Stettiner Olwerke A.-G.

Stettiner Olwerke A.-G. (links)...

Stettiner Olwerke A.-G. (rechts)...

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H. Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar) Spinnereien Webereien Bleichereien Färbereien Druckerei



Welt-Warenmärkte

Seide belebt und freundlich

Der Weltseidenmarkt zeigt seit Ende eines Jahres (insbesondere im Juli) eine deutliche Belebung...

Japanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Die amerikanische Seidenproduktion hat im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg erreicht...

Bei Auf den Auktionen der kommenden Woche werden voraussichtlich 25 Millionen Paare angeboten werden.

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

Die Welt-Natur-Gummi-Produktion zeigt im vergangenen Jahr einen beträchtlichen Anstieg...

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT, 19. November

Der Gesamtmarkt über die Metallmärkte...

NEW YORK, 19. November

Die Aktienbewegung nach unten...

Schiffahrts-Nachrichten

England, A/S Schiffahrt...

Zahlungen in der Ostzone

Die Zahlungen in der Ostzone...